

Name:	Heim, Heinrich. MinR.	ZS Nr.	243	Bd.	I	Vermerk:	Vertraulich
katalogisiert Seite:	1-15, 38-42, Sachkatalog:	23-56	Personen:				Vertraulich
			Bormann, Martin. RL I				
			" " II - Hitler				
			Heim, Heinrich. MinR				
			Hitler, Adolf. I				
			" " III - 2				
			" " V - 7				
			" " V - 8				
			Picker, Henry. Dr.				
katalogisiert Seite:	16 - 26	Personen:				Vertraulich	
Sachkatalog:							
GeschVertPl. - Parteikanzlei		Bormann, Martin. RL I					
NSDAP II - 8 (A)		Heim, Heinrich. MinR					
" - 8 (C) - Strafrecht		Heß, Rudolf. RMin. I					
		" " II - Strafrecht					
		Ley, Robert. RL I					
		" " II - Heß					
		Röhm, Ernst. StabsCh. SA I					
		" " II - Heß					
katalogisiert Seite:	27 - 29	Personen:				Vertraulich	
Sachkatalog:							
Juden III - Pogrome (München)		Goebbels, Joseph. RMin. I					
		" " II - Kristallnacht					
		Göring, Hermann. RM I					
		" " II - Kristallnacht					
		Heim, Heinrich. MinR					
		Hitler, Adolf. I					
		" " II - 3. Kristallnacht					
katalogisiert Seite:	30 - 37	Personen:				Vertraulich	
Sachkatalog:							
NSDAP II - 8		Bormann, Martin. RL I					
" III - Mitglieder		Heim, Heinrich. MinR					
" III - Verh.z.Verwaltg.		Heß, Rudolf RMin. I					
" V							

Dr. Freiherr v. Siegler

25-243/1-2
München, den 2. Juli 1952
Reitmorstr. 29
v. S. / Sch

Institut für Zeitgeschichte
München
ARCHIV

632/52

*Wohnung, abend;
München, Königs-
strasse 105,*

Niederschrift der Unterredung des Ministerialrates a.D. Heinrich Heim, geb. 1900. ¹⁾ Büroadresse: Firma Mikroskopie, München, Wein-Str. 4, Tel. 25870, durchgeführt in München am 1. Juli 1952 mit Dr. Freiherr von Siegler im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München.

Rechtsanwalt

Zur Person: Im Sommer 1933 wurde Ministerialrat Heinrich Heim durch Bormann in den neu errichteten Stab Hess als zunächst einziger Jurist nebenamtlich berufen; behält Anwaltskanzlei bis 1936. Wird 1936 als Ocerregierungsrat hauptamtlich übernommen und später Ministerialrat. Bearbeitet im Stab Hess die Angelegenheiten "Justizministerium" und wird Ende 1939 von Bormann ins FHQ als Adjutant berufen, nachdem die jungen SS-Adjutanten Bormanns zur Wehrmacht einrückten. Bleibt in dieser Stellung bis Ende 1942 im FHQ, wobei seine Nachfolge im Stab Hess zunächst offen bleibt und Ende 1940 vom späteren Staatssekretär im Justizministerium Klemm übernommen wird. Ende 1942 kehrt er in die Parteikanzlei nach München zurück und übernimmt, da sein altes Ressort von Klemm besetzt ist, das neue Ressort "Europafragen".

Zur Sache: Heim verweigerte zunächst selbst die einleitende Frage nach seiner Tätigkeit oder Funktion und stellte seinerseits die Gegenfrage, mit wem er es zu tun habe und welche Zwecke unsererseits verfolgt würden. Bei der Darlegung des Werdegangs und der Aufgaben des Instituts erwies sich Heim als überraschend informiert. Da ich zunächst nicht einmal ahnte, welches seine Funktionen waren und ihn für einen "Stenographen" besserer Güte hielt, glaubte ich zunächst mit Allgemeinheiten fertig zu werden. Erst seine Gegenfragen ließen mich auf Touren kommen, zumal er immer mehr Sachkenntnis zeigte. Naheliegenderweise kam ich auch auf das Buch "Tischgespräche" zu sprechen, wobei sich aus Gegenfragen ergab, daß Genoud mehrmals bei ihm war. *Heim* erzählte, daß Dr. Mau eine intensive Vermittlungstätigkeit zwischen Genoud und dem Athenäum-Verlag ausgeübt habe. Genoud habe jedoch sicherlich Dr. Mau ebensowenig in seine Karten blicken lassen wie ihn selbst. Soviel er wisse, sei die Vermittlung von Dr. Mau gescheitert. Es sei sehr unerfreulich, wenn sich die Gerüchte bewahrheiten soll-

ten, daß Genoud die Tischgespräche bei Flammarton in Paris herausbringen würde, ohne die Rechtslage geklärt zu haben, ohne eine fachmännische Beratung bei der Übersetzung und ohne Kommentierung durch Heim als den Hauptverfasser, sowie endlich ohne Heim die Gelegenheit zu geben, sich von der Authentizität und Vollständigkeit des Manuskripts zu überzeugen. Es hinge ein besonderes Unheil über diesen Tischgesprächen, nachdem bereits die große Panne mit der Ausgabe Ritter passiert sei. Er mache sich von dem Rechtsstreit abgesehen, auf üble Dinge bei Genoud und seinen etwaigen Kommentaren gefaßt. Die materiellen Forderungen von Genoud seien phantastisch gewesen, wobei allerdings völlig im Dunkeln sei, wieviel er verlangen müße, um nicht selber draufzuzahlen. Die Rechtslage sei für Heim günstiger als für Picker, da Heims Aufzeichnungen in anderer Form zustande gekommen seien als die von Picker. Details hierzu äußerte jedoch Heim nicht. Ich selbst bemerkte, daß solche Gerüchte über eine französische Ausgabe auch uns bekannt seien, daß wir meines Wissens aber nicht näheres gehört hätten. Heim betonte, daß Flammarton so eine Ausgabe nie ohne Billigung oder gar Förderung durch die französische Regierung machen würde.

Die Stellung von Heim und Picker, welch letzterer Heim während einiger Monate im Jahre 1942 vertrat, sei grundsätzlich verschieden von der der eigentlichen Stenographen wie z.B. dem jetzigen Oberregierungsrat Haagen in Düsseldorf, die nach Art der wirklichen Stenographen jedes gesprochene Wort aufnehmen. Diese Stenographen waren amtlich mit Kenntnis Hitlers zu den Lagebesprechungen befohlen. Heim und Picker übten ihre Tätigkeit dagegen nicht nur ohne Auftrag sondern völlig ohne Wissen Hitlers aus und zwar niemals bei den Lagebesprechungen, sondern bei dem an die Lagebesprechungen anschließenden Gesprächen im engsten Kreise. Der Auftrag wurde von Heim und Picker ausgeführt auf Befehl von Dornmann und zwar sassen dabei die beiden nicht am Tisch Hitlers, sondern an einem Neben- oder Adjutantentisch in Entfernung, wobei sie die Notizen so machen mußten und machten, daß auch keiner der am gleichen Tisch Sitzenden, also der sog. zweiten Garnitur, etwas bemerkte. Als die Tischgespräche 1951 publiziert wurden, begegnete Heim erstmals nach dem Zusammenbruch auf der Straße Julius Schaub. Er fragte diesen, ob Hitler je etwas von dem Notizen-

Machen gewußt habe. Schaub versicherte, daß Hitler keine Ahnung gehabt habe. Der Befehl für die Notizen war von Bormann gegeben worden, weil es schade sei, wenn die Nachwelt von diesen Äußerungen Hitlers nichts erführe. Das von dritter Seite mir schon erwähnte Motiv für diese Notizen, daß nämlich etwaige Anordnungen Hitlers, die zwischen Tür und Angel gegeben würden, gleich festgehalten werden müßten, ist also nach dieser Darstellung ~~wahr~~^{insgesamt} falsch, da ja Hitler von diesen Notizen nichts wußte und nichts wissen sollte. Über die Frage, ob Bormann diese Äußerungen zur Konstruktion von Befehlen benützte, wurde nicht gesprochen. Der Ausdruck "Tischgespräche" ist irreführend, da sie kaum bei Tisch stattfanden.

Der Hintergrund und die Atmosphäre dieser Äußerungen wurde von Heim wie folgt geschildert: die äußere Form war tatsächlich die bei Hitler übliche Form eines Gespräches, nämlich praktisch ein Monolog. Da Hitler seine Gedanken im Sprechen reifen und Form gewinnen ließ, brauchte er ein Publikum. Dabei war es für ihn als Echo bereits völlig ausreichend, die zu erfüllende und merkende stumme Bejahung oder Reserviertheit oder gar Ablehnung seiner Zuhörer. Eine laute Ablehnung verärgerte ihn und wirkte hemmend. Ausnahmsweise konnte man eine kurzesachliches Gegenargument äußern. Auch die Zustimmung erfolgte im allgemeinen nur mit Kopfnicken oder ganz wenigen Worten. Dieser Vorgang des Formulierens und Reifen-lassens von Gedanken und Ideen in Form eines Monologs mit stillem Echo hatte eine Reihe psychologischer Voraussetzungen. Zunächst suchte Hitler nach den Problemen der Lagebesprechung und des sonstigen Tagesablaufes in dem anwesenden kleinsten und intimsten Kreise eine Art Entspannung und Ablenkung. Ferner war dieses Gespräch eine natürliche Gegenreaktion Hitlers gegen seine Isolierung und Abgeschlossenheit im FHQ. Deshalb waren ähnliche Gespräche in Berlin und in normalen Zeiten nicht möglich. So interessant und abwechslungsreich derartige monologisierende Unterhaltungen außerhalb des FHQ auch sein mochten, waren sie in dieser Art einmalig. Ein dritter Faktor ist in der Veranlagung Hitlers als Psychologe zu suchen, der aus dem Echo der Masse und des Einzelnen Anregung und Kraft schöpft. Dieses Kraft-Schöpfen ist der Gegenpol zu seiner Wirkung auf die ihm Gegenüberstehenden. Als viertes Moment kann man nehmen, daß Hitler eine ständig empfangs-

bereite Natur war, die auf neue Erkenntnisse sofort reagierte und Konsequenzen zog.

Im Zusammenhang mit dieser letzteren Situation kommentierte Heim auch eine von Dr. Buchheim zitierte Stelle aus dem Schreiben Bormanns über das Verhältnis von Christentum und NS. Nichts war für Hitler statisch, jede Erkenntnis müsse jederzeit auf ihr Übereinstimmen mit neuauftauchenden Faktoren und Erkenntnissen überprüft und evt. neu formuliert werden. Bormann habe dies in seinem Schreiben nur ungeschickt und mißverständlich ausgedrückt.

Zur Art der Herausgabe der Tischgespräche durch Prof. Ritter bemerkte Herr Heim:

1. Ritter hatte recht, daß die Monologe Hitlers in ihren Themen außerordentlich sprunghaft waren. In diesem Sinn könnte man die Zusammenstellung nach Themen dann akzeptieren, wenn nicht der völlig irreführende Eindruck dadurch entstünde, als ob etwa das zum Thema "Kunst" gebrachte alles sei, was Hitler in diesem Zusammenhang gesagt habe, oder gar zu sagen gehabt hätte. Dieser falsche Eindruck sei so gravierend, daß er es unerklärlich erscheinen lasse, warum sich der Herausgeber nicht damit begnügte, ein Register mit allen Äußerungen über Kunst etc. anzulegen.
2. Der Mangel an Kommentaren ist in einem Sinne erfreulich, als der Herausgeber in seinen wenigen Kommentaren und in der Vorrede nicht nur eine gehässige Gesinnung, sondern auch einen völligen Mangel an Kenntnis der oben angedeuteten Umstände und psychologischen Hintergründe verrät. Die Gespräche waren keine Endformulierungen, sondern laut gesprochene Überlegungen, angepasst dem jeweiligen Zuhörerkreis und dessen Verständnis, abhängig von Stimmung und Laune des Sprechers und endlich abhängig davon, wie weit der Gedanke in Hitler schon gereift oder nicht gereift war. Daß diese Kommentierung fehlt, sei sehr unerfreulich.

Der Abgang Hess hatte, mit Ausnahme der Adjutanten, keine personellen Änderungen im Stab Hess/Parteikanzlei zur Folge. Die Arbeit ging unter der neuen Firma unverändert weiter, als ob nichts geschehen sei. Nach Ansicht von Heim wurde die Dienststelle Ribbentrop nach Errichtung des Stabes Hess in diesen Stab eingebaut, ohne daß deshalb Ribbentrop als außenpolitischer Berater von Hess fungierte. Vielmehr mußte die Dienststelle oben eingebaut

eingebaut werden, und da sie organisatorisch nirgends anders hinpasste, ist sie in den Stab Hess als Stellvertreter des Führers eingegliedert worden. Es ist unwahrscheinlich, daß Ribbentrop diese seine Parteistellung und -Stelle später als Außenminister aufgegeben hat, da ja Ribbentrop auf seinen Parteirang auch Wert legte und sicherlich ^{Jünglingsalter} ~~dem~~ Dienstgrad eines ^{Abt.} ~~Reichsleiters~~ in der Reichsleitung weiter avanciert ist. Eine Mitteilung von anderer Stelle, daß Ribbentrop den Reichsleiter für außenpolitische Fragen anstrebte, hielt Heim für durchaus wahrscheinlich. Dabei bleibt es gleichgültig, ob die Dienststelle Ribbentrop nur mit einem Mann und einem Firmenschild von der Partei besetzt war oder mit einem großem Stab.

Heim machte zwei Hinweise für Interviewas:

1. Er rät dringend, die Schwester Hitlers in Königsee zu interviewen und sich dabei neben der Berufung auf Frä. Lotte Bechstein noch der Vermittlung von Rechtsanwalt Dr. Seidel zu bedienen. Vor allem von der früheren Zeit habe sie einmalige Kenntnisse. Frä. Paula Hitler lebt wahrscheinlich unter einem Decknamen (Wolf ?) in Königsee.
2. Beim Adjutanten Brückner fehle die innere Spannkraft. ~~Heim~~ glaubt ohne weiteres, daß Brückner nicht einmal das Angebot bisher annahm, irgendeine Stenotypistin zu bezahlen, um seine Memoiren niederzuschreiben. Brückner werde wahrscheinlich auch nicht den inneren Schwung finden, in das Institut zu kommen, zumal vielfach die Rede sei, daß wir mit ausländischem Geld bezahlt sind. Wenn ich mit Brückner schon zwei mehrstündige Unterredungen gehabt habe, soll ich mich einmal ~~nach~~ Tage nach Traunstein setzen, mit Brückner in seiner Atmosphäre reden, gleich dort die Sachen diktieren und von ihm korrigieren lassen. Sonst werde es zu nichts kommen, wie er Brückner jetzt kenne. Brückner sei überdies schwer krank und könne jeden Augenblick sterben. - Ich habe mit Brückner vor drei Tagen telefoniert, der mir von einer schweren Herzattacke sprach, sodaß er vorläufig nicht wieder nach München kommen könne.

Bei beiden sollte ein gewisser finanzieller Betrag taktvoll nachträglich auf den Tisch gelegt werden. - Mein Eindruck ist, daß das gleiche auch für Heim selbst gilt. (Herr Buchheim ist nicht dieser Ansicht, hat allerdings die Darstellungen über Brückner und Hitlers Schwester nicht gehört). Herr Heim verwies auf die ausführliche Bibliographie von Diet(e?)rich, die das gesamte Zeitschriftenwesen des In- und Auslandes bis Kriegsbeginn erfasse und im Deutschen Museum vorhanden sei.

6 Juli
Herr Heim kommt Montag gegen 1/2 7 Uhr wieder, um Fragen zu beantworten. Er bittet in seinem Büro bzw. Wohnung nichts von seiner Vergangenheit zu erwähnen. Nur sein Chef sei orientiert. Er bittet auch nirgends seinen Besuch bei uns mitzuteilen.

In Übereinstimmung mit Herrn Dr. Buchheim jr. wird für diese Unterredung nur die Form einer nicht bestätigten Niederschrift gewählt, da die psychologische Voraussetzung sonst gestört wird. Herr Heim hat sich grundsätzlich bereit erklärt, Berichte und Auskünfte über Fragen seines ehemaligen Ressorts zu geben, er möchte sich jedoch keinesfalls schriftlich äußern. Herr Dr. Buchheim jr. war beim 2. Teil der Unterredung anwesend, wobei Herr Heim wichtige Teile der ersten Phase zumindest teilweise wiederholte.

Witz
Buchheim jr.

VERTRAULICH!
=====

Darf nur mit Genehmigung
von Herrn Dr. Mau heraus-
gegeben werden.

Protokoll
=====

Am Freitag, den 17. Juli 1952 fand im Institut für Zeitgeschichte eine Unterredung zwischen dem ehemaligen Ministerialrat im Braunen Haus, Herrn Heinrich Heim und dem Generalsekretär des Instituts, Herrn Dr. Mau statt. Mit anwesend war Herr Dr. Buchheim jr.

Herr H e i m lobt den Erlebnisbericht einer der Sekretärinnen Hitlers, der von dem Interrogation Officer Albert Z o l l e r herausgegeben wurde (Zoller, Hitler privat, Düsseldorf, 1949). Es sei darin viel erstaunlich gut Beobachtetes über Hitler gesagt, wenn auch 80% der Werturteile verfehlt seien. Doch wisse man nicht, wieviele der Werturteile vom Herausgeber und wieviele von der Sekretärin stammten. Gut sei auch der Bericht von K e m p k a, der allerdings leider von B o r m a n n ein völlig falsches Bild gebe. (Erich Kempka, Ich habe Hitler verbrannt, München, o.J.) Auch bei Zoller ist das Bild Bormanns verzeichnet. Beide, die Sekretärin und Kempka haben Bormann eben nur aus der Froschperspektive der Domestiken gesehen und konnten den wahren Sachverhalt nicht erkennen.

Warum haben die Tischgespräche so wenig Interesse gefunden?

Wer die Tischgespräche liest, wird gezwungen, sich wieder mit dem Problem H i t l e r auseinanderzusetzen. So gern heute Memoiren über die NS Zeit gelesen werden, so wenige Leute sind doch bereit, sich jetzt der eigentlichen Problematik jener Zeit auszusetzen. Viele alte, heute noch überzeugte Nationalsozialisten aber sehen noch keine Möglichkeit, Stellung zu nehmen, nachdem wir Deutschen durch die totale Kapitulation die ganze Last, die Probleme jener Zeit zu verarbeiten, auf die Schultern der Alliierten abgewälzt haben. Ihnen kann die Notwendigkeit der geistigen Verarbeitung nicht abgenommen werden. Andererseits müssen wir aber erkennen, dass man im Ausland beginnt, vom Propagandabild der Kriegszeit und der ersten Nachkriegszeit allmählich abzukommen; und es ist ein Gebot der nationalen Selbstachtung, dass wir da nicht den Anschluss verlieren und nicht immer noch schwarz in schwarz malen, während unsere ehemaligen Gegner ihr Urteil schon revidieren.

Die Veröffentlichung der Tischgespräche ist in dieser Entwicklung ein ausserordentlich wichtiger Schritt.

1. musste man in den letzten Jahren immer fürchten, dass diese Notizen einmal gefälscht erschienen. Das ist nun nicht mehr möglich.
2. Das Schicksal hatte es mit H i t l e r von Anfang an gut gemeint, wenn es ihn so grosser und vielfältiger Verleumdung aussetzte; denn dadurch geschah es oft, dass zu ihm Menschen kamen, die ein düsteres Bild von ihm hatten und deshalb dann umso tiefer und nachhaltiger von ihm beeindruckt wurden. Je schwärzer ihnen Hitler vorher gemalt worden war, umso weisser musste er ihnen dann erscheinen. Dieser Vorgang, der sich politisch tausendfach ereignete, wird sich historisch jetzt wiederholen. Gerade dadurch, dass Hitler im Krieg und darnach im Ausland so schwarz gemalt wurde, kann jetzt die Erkenntnis des wahren Hitler umso nachhaltiger wirken. Die Tischgespräche aber zeigen, wie kein anderes Dokument, Hitler in "weiss". In der Ausgabe R i t t e r s tritt das umso deutlicher hervor, als dessen Einleitung ganz in "schwarz" gehalten ist. Da dieser Widerspruch zwischen Einleitung und Text so offensichtlich ist, kann man nicht glauben, dass Ritter das nicht gemerkt hätte. H e i m nimmt deshalb folgendes an: es wäre politisch heute noch nicht möglich gewesen, die Tischgespräche, die so eindeutig für Hitler sprechen, mit dem entsprechend positiven Vorzeichen zu veröffentlichen. Um aber den wahren Hitler doch endlich zu zeigen, habe Ritter sich nicht gescheut, um der Wahrheit willen seinen wissenschaftlichen Ruf zu opfern und ein tarnendes Vorwort zu schreiben, das eine so flagrante Verkennung der Wahrheit enthält. (Anm.: Dieses Urteil ist für den Menschen Heim bezeichnend). Ähnlich sei auch G e n o u d bei der Veröffentlichung im France Soir verfahren. Im Fettdruck habe die Einleitung das enthalten, was die Widerstandskämpfer hören wollen, der übrige Text sei aber positiv. Andererseits unterlief Genoud allerdings der für ihn peinliche Lapsus, dass er ein Faksimile veröffentlichte, in dem mit Bormanns Handschrift stand, er habe Heim endlich so weit, dass er mitstenographiert. Dabei bemüht sich doch Genoud, von Heim möglichst gar keine Notiz zu nehmen, ihn zu "unterschlagen", und tut so, als sei überhaupt nur mechanisch mitstenographiert worden.

H i t l e r s Grösse und seine absolute Überlegenheit habe darin bestanden, dass er eine eminente Fähigkeit zu gegenständlichem Denken besessen habe. H e i m zielt dazu Goethe, Maximen und Reflexionen:

"Sich den Dingen in der Breite gleichstellen,
heisst lernen, sie in der Tiefe erfassen,
heisst, sie erfinden."

Und er weist auf eine Aufzeichnung Goethes hin mit dem Titel "Ein bedeutendes Fördernis durch ein einziges geistreiches Wort."

Hitler hatte die menschliche "Breite", die allen anderen fehlte ("Sie waren zu schmal"), sich den Dingen in der Breite gleichzustellen. Er erfasste die Dinge nicht, indem er ~~sie~~ abstrahierte, sie zergliederte und auseinanderlegte, wie wir Verstandesmenschen es tun; sondern er dachte, indem er sich bemühte, mit den Dingen eins zu werden. Er sonderte sich im Denken nicht von den Dingen ab, sondern öffnete sich ihnen ohne Rückhalt. Er ging an sie wie ein bildender Künstler heran, nie aber mit einer vorgefassten Meinung, mit einem fertigen Apparat von Logik oder System. Er wagte sich vielmehr immer auf's Neue ganz "ungewappnet" an sie heran, aus einem Nichts an Voraussetzung. Darin liegt seine Überlegenheit. Wenn jemand mit einem ganz bestimmten Plan zu ihm kam, einem bestimmten Willen, den er durchsetzen wollte, so ertrank dieser Wille in einem Meer von Gesichtspunkten, die Hitler durch sein gegenständliches Denken den Dingen abzugewinnen vermochte. Dieses gegenständliche Denken war Hitlers Kraft, die Menschen in den Bann seines Willens zu ziehen. Dagegen ist es völlig falsch, Hitlers Wirkung auf irgendwelche hypnotischen Kräfte zurückzuführen. Hitler hat sich auch nie mit Magie, Astrologie usw. befasst. Das besondere an Hitlers Kopf war die unendliche Aufnahmebereitschaft, die sich darin ausdrückte. Dieser Wesensart Hitlers entsprach B o r m a n n, der Mann mit dem gesunden Menschenverstand, viel mehr als etwa H i m m l e r, der ein Theoretiker und Doktrinär war, den Hitler als möglichen Nachfolger ausschloss mit der Begründung, dass er ein "amüsischer Mensch" sei. (Anm.: Das gleiche berichtet auch Rosenberg in seinen Memoiren).

Mit Unrecht wird behauptet, H i t l e r sei nicht religiös gewesen oder habe für die Bedeutung der Religion kein Verständnis gehabt. Er hatte Religion im Sinne von "Verbundenheit", aber er setzte sich bewusst Grenzen, das, was er empfand, zu definieren. In einer nicht veröffentlichten Rede über Religion, die er (wohl 1937) vor der obersten Führerschaft im Luftfahrtministerium gehalten hat, führte er aus: Dem Gedankengut des Nationalsozialismus dürfe nicht ein religiöser Gehaltsinhalt untergeschoben werden. Der Nationalsozialismus als politische Weltanschauung bietet nichts, was einem gestattet, auf alle Religiosität zu verzichten. Hitler wollte damit klar machen, dass das, was einer über die letzte Verbundenheit denkt, Privatsache sein muss, dass aber jeder nationalsozialistische Führer bei der Betrachtung dieser Dinge sich frei halten muss von Grenzverwischungen. Kein nationalsozialistischer Führer darf den Kirchen in dogmatische und kultische Dinge 'reinreden. Er darf aber ebensowenig dulden, dass die Kirchen sich in politische Angelegenheiten einmischen. Aus diesen Gründen verwarf Hitler K e r r l s Bemühungen eine evangelische, auf den Nationalsozialismus abgestimmte Reichskirche zustande zu bringen. Dass er sich in den beiden ersten Jahren, bestimmt von dem Vorbild der englischen

Staatskirche im Sinn, selbst für die Bildung einer Reichskirche entschieden hatte, hat er später bereut; und man war sehr froh, dass dieser Plan gescheitert war.

Wie unterschied sich B o r m a n n in seiner Stellung zur Kirche von H i t l e r ? Bormann sah ein grosses Gefahrenmoment in Folgendem:

Wenn Hitler die Religion ganz und gar Privatsache sein lässt, so gestattet er auch freie religiöse Erziehung. Für eine kommende nationalsozialistische Führerschaft, die womöglich in ihrer Kindheit eine christliche Erziehung genossen hat, besteht dann die Gefahr, dass die Kirche sich durch diese Führerschaft doch in politische Angelegenheiten einmischt. Denn diese Führer treten ja in den politischen Bereich ein mit gewissen, durch die religiöse Erziehung entstandenen Treueverpflichtungen gegenüber der Kirche. Bormann trieb eine Zeitlang seine Kirchenpolitik von diesem Standpunkt aus. Als Hitler ihm aber klar machte, dass er keine so grossen Gefahren sehe, wie Bormann, gab dieser seine Intentionen wieder auf; denn er war überzeugt, der Führer werde das schon besser beurteilen können. Soviel Heim sich entsinnen kann, bekam Bormann im Laufe des Krieges (1941?) von Hitler den Auftrag, dass um des Burgfriedens willen der Kirche nicht mehr nahegetreten werden solle, damit kein böses Blut entstehe. Um die Durchführung dieses Auftrages zu gewährleisten, gab der Führer Weisung, dass die Parteikanzlei im Bereich der Kirchenpolitik das Recht habe, auch bei Verwaltungsmassnahmen mitzureden, während sie gewöhnlich nur bei der Gesetzgebung Mitspracherecht hatte. Durch diese Weisung sollte verhindert werden, dass gegen die Kirche mit Verwaltungsmassnahmen von Seiten RIM oder RKM Nadelstichpolitik getrieben wurde.

B o r m a n n war körperlich ausserordentlich gesund und kraftstrotzend; er hatte unermessliche Arbeitskraft und einen gesunden Menschenverstand. Vieles was an diesem Manne auffällt, erklärt sich daraus, Es ist falsch, zu meinen, Bormann sei von einem masslosen Ehrgeiz und von Machtstreben besessen gewesen und er habe es darauf angelegt, Hitlers Macht allmählich auf sich selbst zu übertragen. Er hatte aber den Drang, seine ganze grosse Kraft nutzbringend anzuwenden und nur deshalb hat er sich in der Parteiverwaltung so ins Zeug gelegt. Dabei war er einer der ganz wenigen, die einfach sachlich waren und sachlich arbeiteten, d.h. allein um der Sache und nicht um irgendwelcher personalpolitischer und taktischer Gesichtspunkte willen. Ganz sachlich war auch die Art, wie er H i t l e r im Laufe der Jahre immer mehr "abschränkte" gegen alles, was nur unnötigerweise seine Arbeitskraft und Zeit beansprucht hätte. Bormann hatte die grosse Gabe, sich ganz in Hitler einzufühlen, sich völlig auf ihn einzustellen, und die Fähigkeit, seine eignen Wünsche und Ansichten demgegenüber konsequent zurücktreten zu lassen. Auf diese Weise war er in der Lage, viele Fragen minderer Wichtigkeit so zu ent-

scheiden, wie Hitler sie entschieden haben würde. Bormann hat nie etwas getan, was nicht in Hitlers Sinn gewesen wäre; und er vermochte seine eignen Intentionen ganz und gar zurückstellen. Sein Grundsatz war, den Führer mit nichts zu belasten, was auch er selbst erledigen konnte, dem Führer aber auch nichts vorzuenthalten, was nur der Führer entscheiden konnte. Bormann konnte dabei sogar in seiner Selbstverleugnung zu weit gehen. So z.B. in einem Falle, wo er eine Massnahme L e y s kommen sah, die gegen Bormanns Interessen war. Bormann hätte die Möglichkeit gehabt zu bremsen; er tat es aber nicht, um Hitler nicht vorzugreifen, lieber riskierte er, dass Hitler zu seinem (Bormanns) Nachteil entschied. Diese Selbstverleugnung Bormanns gegenüber Hitler ist bewundernswert (Anm.: sie enthält eigentlich etwas, was man als echte Liebe bezeichnen muss, die sich ja darin äussert, dass der Liebende sich über dem Geliebten vergessen kann). Es passt dazu, dass Bormann in den ersten Jahren nach dem Krieg zum Sündenbock für Hitler gemacht worden ist. Auch viele alte Nationalsozialisten malten Bormann besonders schwarz, um Hitler zu entlasten. Erst wenn eine solche Entlastung Hitlers nicht mehr nötig sein wird, kann auch Bormanns Bild wieder der Wahrheit entsprechend hergestellt werden. Deshalb sieht es Heim nicht für so schlimm an, wenn jetzt Bormann überall als der Teufel Hitlers geschildert wird.

B o r m a n n s Verhältnis zur Religion ist auch aus seiner vitalen Kraft zu erklären: Er wollte seine Kraft messen; er wollte sehen, wieweit der Mensch es bringen kann, wenn er freiwillig auf alle Stützen und alle Religion verzichtet.

Ein amüsicher Mensch ist Bormann nie gewesen; dazu war er viel zu gesund. Allerdings war Bormann unbeherrscht und cholerisch, und er liess sich seinen Untergebenen, auch den Ministerialräten gegenüber, zuweilen gehen. Das brachte ihn in so schlechten Ruf bei den Domestiken, die aber eben nur diese Seite sahen und nicht in der Lage waren, den ganzen Bormann zu sehen. Es tat Bormann nachträglich auch immer leid, wenn er jemanden unrecht behandelt hatte, und er entschuldigte sich dann zwar nicht expressis verbis, aber doch deutlich genug durch die Art, wie er mit dem Betreffenden umging.

Bormann führte übrigens eine vorbildliche Ehe. Seine Frau bot das Vorbild einer glücklichen Ehefrau; mit jedem Kind wurde sie eigentlich schöner. Eine Büste von ihr ist abgebildet in einer Nummer der Kunstzeitschrift "Die Kunst im Dritten Reich".

Den Plan, H i t l e r s Gespräche bei Tisch zu fixieren, hat Bormann nicht gefasst, um Hitlers Ausserungen gleich in Anordnungen für Partei und Staat zu verwandeln (Anm.: erweiterte "Notizbuchmethode"); er verstand, dass vieles von Hitler aus einer Schau gesagt war, die nicht sofort praktisch-politisch ausgewertet werden konnte. Es liegt vielmehr überhaupt kein bestimmter Plan vor; sondern die Sache hatte einen ganz konkreten Anlass. Nach Tisch sagte

Bormann einmal zu Heim, was Hitler heute gesagt habe, müsse eigentlich festgehalten werden, und Heim machte das, und Bormann fand, er habe nicht getroffen, was Hitler eigentlich gemeint habe. Bormann machte daraufhin selbst ein Protokoll und Heim dachte, das solle ihm nicht noch einmal passieren und machte sich von da an Notizen.

Wie sind die Tischgespräche überhaupt zu verstehen?
(Hier einige Ergänzungen aus der ersten Unterredung mit Herrn Heim)

Das wichtigste ist, und das wird weder in Ritters noch in Genouds Einführung klar, dass Hitler nicht gewusst hat, dass protokolliert wurde, ja dass er es nie erfahren hat und nie hätte erfahren dürfen. Hitler hat also nicht offiziell, erst recht nicht für die Öffentlichkeit gesprochen, sondern er hat sozusagen laut gedacht. Es war ein Sprechen, das überhaupt nur möglich war, weil Hitler ganz unbefangen war. Hitler war in jenen Jahren schon so empfindlich geworden, dass sicher kein Wort mehr über seine Lippen gekommen wäre, wenn er gewusst hätte, dass protokolliert wurde. Heim erzählt, er habe es eine Weile für möglich gehalten, dass Hitler sich deshalb seit 1942 von der allgemeinen Tafel zurückgezogen habe, weil er vom Protokoll erfahren hat. Doch hat ihm (Heim) S c h a u b nach dem Krieg bestätigt, dass Hitler es nie erfahren habe. Hitler sprach über diese Dinge nach den grossen Anstrengungen der Lagebesprechung und sprach aus einem ganz anderen Raum heraus als dem der aktuellen Lage; er sprach sozusagen von der Position her, die er in der Geschichte einnimmt. Deshalb ist auch alles, was er sagt, nicht unbedingt zur Erklärung der aktuellen politischen Lage auszumünzen. Sein Sprecher kam aus dem oben geschilderten gegenständlichen Denken. Man darf wohl die Aussprüche der Tischgespräche grundsätzlich als Belege bei wissenschaftlichen Untersuchungen heranziehen. Es muss jedoch mit grösster Vorsicht geschehen und in dem Bewusstsein, wie schwer diese Dinge zu interpretieren sind für jemanden, der nicht dabei war und Hitler überhaupt nicht kennt! Denn allein der Tonfall und Hitlers Mienenspiel trugen sehr viel zum Verständnis des Sinnes des Gesagten bei. Und Hitler hatte eine ganz ungewöhnliche Skala der stimmlichen Modulation. So steht hinter Hitlers Äusserung über die Juristen schon eine echte Überzeugung; was er aber darüber gesagt hat, hat er immer mit einer gewissen Ironie gesagt, die dem ganzen einen anderen Sinn gab, als man nach dem gedruckten Wortlaut meinen möchte. Nicht alles, was Heim aufgezeichnet hat, ist in der grossen Tafelrunde gesagt worden. Immer wenn bei dem Vermerk steht "Nachts", handelt es sich um Äusserungen, die beim gemeinsamen Tee im kleinen Kreis gemacht wurden, den Hitler in den frühesten Morgenstunden hielt.

Was hat Hitler überhaupt politisch in Bewegung gebracht?

Hitler fühlte sich von Anfang an berufen, und er brauchte dazu keinerlei Zeichen, wie Attentate und ähnliches. Er handelte nur aus dem Gefühl, dass etwas geschehen müsse, und dass, wenn er es nicht mache, keiner es macht. In dieser Beziehung gibt seine Sekretärin ein Fehlurteil ab, wenn sie behauptet, Hitlers Sendungsbewusstsein habe sich durch die Attentate gesteigert. Solche äusseren Ereignisse reichten garnicht an die Quelle heran, aus der Hitlers Kraft kam. Wie Hitler und die wirklichen Nationalsozialisten ihr Tun empfanden, macht Heim an einem Gedicht Morgensterns klar, was noch in den letzten Kriegstagen in Berlin im Admiralspalast rezitiert wurde. Das Gedicht lautet:

Bist du nie des Nachts durch Wald gegangen,
wo du deinen eignen Fuß nicht sahst?
Doch ein Wissen überwand dein Bangen:
Dich führt der Weg.

Hält dich Leid und Trübsal nie umfassen,
daß du zitterst, welchem Ziel du nahst?
Doch ein Wissen übermannt dein Bangen:
Dich führt dein Weg.

Ungeheuer wichtig war, besonders für die ersten Jahre, das Gefühl, eine "Bewegung" zu sein. Es war das Empfinden: man weiss nicht, wohin der Weg führt; aber man war glücklich, auf dem Wege zu sein, man vertraute sich dem Weg an. Dabei ist es allerdings eine Frage der seelischen Konstitution, ob sich einer der Dunkelheit aussetzen kann.

Hitlers Führung bestand eigentlich auch nicht darin, dass er Pläne entwarf und dann durchführte; sondern dass er die Dinge an sich herankommen liess und nur reagierte (Anm.: Vergl. 30. Juni 34 - Dr. Krausnick sagte ganz ähnliches über Hitlers Art, Aussenpolitik zu treiben). Ähnlich Hitlers Leitung von Staat und Partei: er liess seine Mitarbeiter tun, was ihnen gut schien, und sah seine Funktion nur darin, dass er den Ausschlag gab, wo es Gegensätze und Streit gab. Deshalb konnte die gesamte Staatsführung bisweilen den Eindruck eines Chaos machen - in Wahrheit aber war es eine Form der Demokratie, in der nicht alle Kräfte für einen Plan "eingesetzt" werden, sondern wo vielmehr alle Kräfte in ihrer eigenen Tendenz sich auswirken können und nur beschnitten werden, wo sie gegeneinander zu wirken beginnen.

Hitler und die Judenvernichtung

Heim glaubt, dass Hitler die Vorgänge in Auschwitz usw. nicht gewusst habe und auch nicht gut geheissen hätte. Hitlers Äusserung vom 1. Sept. 39 war nicht Hinweis auf

einen beschlossenen Plan, sondern sollte den Juden nur Angst machen. Ebenso sind die scharfen Äusserungen in Hitlers Testament nur so zu verstehen: "Wenn den Juden solch ein Schicksal zugestossen ist, so kann ich nur sagen: ich habe es ihnen ja prophezeit". Die ganze Massnahme gegen die Juden ist viel zu doktrinär, als dass sie aus Hitlers Gehirn stammen könnte. Hitler kannte ja überdies auch den ungeheuren Mangel an Arbeitskräften - und wird schon deshalb nicht befohlen haben, Millionen Menschen zu vernichten. Viel besser passt die ganze Aktion zu H i m m l e r. K a l t e n b r u n n e r hat einmal, wohl 1944, Hitler über die Judenaktion Vortrag gehalten. Daraufhin hat Hitler Himmler sofort angewiesen, die Massnahmen abzustoppen. Diese Dinge seien für Hitler auch eine schwere seelische Belastung gewesen, wie überhaupt die grossen Opfer, die im Krieg gebracht werden mussten.

Zur Kriegführung im Osten

Die Kriegführung im Osten war für H i t l e r deshalb so schwierig, weil sie wie eine Schachpartie mit einem Manne war, der die Regeln des Spieles nicht kennt. Unsere Führung traf ihre Massnahmen so, dass sie Verluste möglichst vermied und beurteilte die zu erwartenden Massnahmen des Feindes auch stets von der Voraussetzung aus, er werde das tun, was ihm die geringsten Verluste kostet. Die Berechnungen aber wurden immer über den Haufen geworfen, wenn der Gegner gerade das tat, was ihm die meisten Verluste brachte.

(Dr. Mau bemerkte, dass das Bild des Schachspiels auch genau die heutige politische Gesamtlage zwischen West und Ost charakterisiert).

Einzelnes

Die allerletzte Lagebesprechung hat ein Amtsgerichtsrat H e r g e s e l l aufgenommen. Sie ist mit einem Facsimile in einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlicht.

H i t l e r machte sich selbst zum Oberbefehlshaber des Heeres auf Vorschlag von S c h m u n d t. Heim erinnert sich der Situation noch ganz genau.

Was B o r m a n n über die Wissenschaftlichkeit des NS sagt, stammt schon von Hitler, ist aber von Bormann missverständlich wiedergegeben worden. Hitler meint, dass der NS sich dadurch auszeichnen müsse, dass er immer so sehr als möglich der Wirklichkeit nahe bleibt. Und das geschieht dadurch, dass er lebendig und anpassungsfähig bleibt, und immer so handelt, wie sich neu erkannte Sachverhalte ergeben, wie sie Richtung weisen;

der NS muss immer mit der Zeit gehen. Er darf sich nicht bei einmal erkanntem genügen lassen, sondern muss sich immer wieder über die Dinge vergewissern und muss die Fähigkeit behalten, sich nach Massgabe besserer Erkenntnisse fortzuentwickeln.

Um die Kirchenfragen hat sich kaum jemand gekümmert. K r ü g e r, der sie gemacht hat, ist ein gläserner Mann, der aber wohl einer Befragung zugänglich ist, ja ohne ihn wird man den Dingen überhaupt nicht auf den Grund gehen können. Er ist wohl Rechtsanwalt in Nürnberg.

Zu Heims Person:

H e i m ist ein ausserordentlich kluger und integrier Mann. Dr. S p e n g l e r sagt über ihn, wenn er sich vorstellen sollte, wie heute ein Heiliger aussehen müsste, so würde er an Heim denken; Heim lebe in einer Traumwelt und verehere heute noch Hitler in einer ganz unrealistischen Weise. Vermutlich kommt Heim dadurch zu einem so günstigen und doch sehr sachlich begründeten guten Urteil über Hitler, weil er Hitlers historische Wirkung und Bedeutung als sein politisches Wollen und Tun ausgibt.

Heim gehörte früher zu dem Kreis von Melchior L e c h - t e r . Seit 1942 hat er ein für ihn geschaffenes Referat "Europafragen" in der Parteikanzlei wahrgenommen. Doch ist dies Referat bewusst so eingerichtet worden, dass es nach aussen nicht hervortrat, weil nicht zu viele Stellen an der gleichen Sache arbeiten sollten. Heim hat an dieser Stelle von vielen Dingen erfahren, die sonst nicht ohne weiteres zugänglich waren.

Dr. Hermann Han
Dr. Hans Buchheim

A k t e n v e r m e r k*Unterschied
Heim 11/8/52
Siegler*
Besitz: Rückpunkte mit H. Himmler Heim am 1. Okt. 52Betr.: Organisation des Stabes Hess/Parteikanzlei

Die Entscheidung Hitlers, dass München die "Hauptstadt der Bewegung" bleibt, ist massgeblich nicht durch Traditionserwägungen beeinflusst worden, sondern durch der von Hitler und Hess aus den Erfahrungen der Jahre vor 1933 gezogenen Schlussfolgerung, dass es erwünscht und sogar notwendig sei, neben Berlin einen zweiten unabhängigen Beobachterstandpunkt im süddeutschen Raum zu haben. Neben der Betonung des Süddeutschen vertrat man dabei auch den Standpunkt, dass vier Augen mehr sehen als zwei, dass diese aber möglichst unabhängig voneinander sein sollten. Daraus ergab sich dann natürlicherweise München aus Traditionsgründen. Diese Trennung wurde von Hess und Bormann gleichmässig aufrecht erhalten, obwohl sich aus dem hin und her zwischen München und Berlin manche technische Erschwernis ergab. Der zweite unabhängige Beobachterstandpunkt wurde jedoch als so wichtig angesehen, dass man diese Schwierigkeiten in Kauf nahm. Aus dem gleichen Grunde sah man im Stab Hess nur mit Bedauern und ohnmächtig zu, dass vor allem Ley und Himmler ihre Parteidiensstellen nicht in München, sondern bewusst abgesetzt von der dortigen befürchteten Bevormundung in Berlin zentralisierten. Sie entwickelten dort eine unerfreuliche Eigengesetzlichkeit.

Von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus (süddeutscher Raum und vier Augen statt zwei) lässt sich auch ebenso die Schaffung des Stabes Hess, später Parteikanzlei, mit erklären, wie aus der Tatsache, dass Hitler als Reichskanzler nunmehr in Berlin festgehalten war und sich daher den Parteidingen in München nicht mehr im gleichen Masse widmen konnte. Die Schaffung des Stabes Hess ist also erfolgt, weil man München nicht aufgeben wollte und nicht, weil Hitler "keine Zeit" gehabt hätte. Hitler hätte vielleicht, wenn er die Parteiführung nach Berlin verlegt hätte, die Sache auch selbst machen können. Unter den möglichen

Bewerbern wurde Hess vor allem auch deshalb ausgesucht, weil es bei ihm im Gegensatz zu Röhm und Ley ganz sicher war, dass er nur der Interpret Hitlers und niemals der Vertreter eigener Interessen sein würde. Hess vertrat immer wieder den Standpunkt, dass er seine Aufgabe so führen müsse, dass Hitler sie jeden Tag ohne das geringste zu ändern wieder selbst übernehmen könne. Um die Unabhängigkeit des Stabes Hess zu gewährleisten, wurde er nicht durch den Reichsschatzmeister Schwarz finanziert, sondern aus Mitteln der Dankspende Adolf Hitler.

Da die Parteikanzlei ausser der Namensänderung den Stab Hess praktisch kaum veränderte und zwar nicht nur sachlich, sondern auch personell nicht, braucht in diesem Zusammenhang kein Unterschied zwischen dem Stab Hess und der Parteikanzlei gemacht zu werden. Die personellen Veränderungen betrafen nach dem Englandflug von Hess praktisch nur die Adjutanten und den "Astrologen" und Goetheforscher, Beauftragten für Kunst und Kultur, Schulte-Strathaus.

Die wichtigsten Abteilungen des Stabes Hess waren die Abteilungen I bis IV, von denen II und III wiederum eine besondere Stellung hatten.

Die Abteilung I war der Geschäftsführer mit den Verwaltungs- und Organisationsaufgaben des Stabes. Sie unterstand zunächst Rudolf Mackensen, Fritz Wiedemann und endlich Karl Winkler *und Zeller*.

Die Abteilung IV oder "M" war für die Mob-Angelegenheiten der Partei zuständig. Sie hatte recht schwierige organisatorische Aufgaben, viel Einblick in die Parteistruktur und unterstand dem Oberst a.D. SS-Gruppenführer Knoblauch, *endlich dann mit Meiss*.

1. Walter Brückner, dann
Die Abteilung II des Beauftragten für innere Parteiangelegenheiten unterstand von Anfang an dauernd Helmuth Friedrichs. Sie war, wie ihr Name sagt, für die inneren Parteiangelegenheiten innerhalb der Stäbe Hess/Bormann zuständig und kann als die eigentliche Parteikanzlei im engeren Sinne bezeichnet werden. Von ihr aus ergingen die zahlreichen Anordnungen für die Partei, (die in umfangreichen Jahressbänden gedruckt gesammelt wurden). Sie war bei allen wichtigeren Personalfragen als Oberaufsicht mitentscheidend. Diese Oberaufsicht erstreckte sich naturgemäss auch auf das beim Reichsorganisationsleiter immer stärker entwickelte "Hauptpersonalamt" der NSDAP. Diese Partei-

kanzlei war ferner zuständig für Organisationsfragen, also Oberaufsicht über das Hauptorganisationsamt von Ley etc. Da Ley als Organisationsleiter mit seinem Hauptpersonalamt und Hauptorganisationsamt nicht für gewisse Gliederungen wie SA, SS, HJ, zuständig war, lag auch auf diesem Gebiet die weitere Kompetenz bei der eigentlichen Parteikanzlei. Sie war ferner zuständig für Klagen über Parteifunktionäre, die beim Stab Hess einliefen etc. Negativ ausgedrückt erstreckte sich die Zuständigkeit dieser eigentlichen Parteikanzlei auf alles, was nicht mit gesetzgebungs- und staatsrechtlichen Fragen zusammenhing.

Die Abteilung III des Beauftragten für staatsrechtliche Fragen unterstand bis 1941 Ministerialdirektor Sommer und dann dem Ministerialdirektor, später Staatssekretär Klopfer. Ihre Zuständigkeit erstreckte sich auf die Mitwirkung der Partei bei der Gesetzgebung und bei den Beamtenernennungen, also auf alle Gebiete, wo die Partei an staatlichen Funktionen teil hatte.

Bezüglich der Mitwirkung an den Beamtenernennungen beschränkte sich Herr Heim auf die Angabe der Adresse des noch lebenden Abteilungsleiters, Dr. v. Helms. Bei der Mitwirkung an der Gesetzgebung war der Stab Hess nach der Ernennung von Hess zum Reichsminister zunächst nur in der Form beteiligt, dass er die kabinettsreif gewordenen Gesetzesvorschläge zur Stellungnahme erhielt. Es stellte sich bald heraus, dass diese Form der Beteiligung den Ansprüchen nicht genügte, da es technisch und sachlich gleich schwierig war, an schon kabinettsreifen Vorschlägen noch Änderungen herbeizuführen. Im Sommer 1934 entwarf daher Herr Heim auf Wunsch von Bormann eine Verordnung, durch die ~~der Stab Hess~~ die Stellung eines beteiligten Ressortchefs erhielt. Er wurde auf diese Weise schon im Stadium der Gesetzesentwürfe durch die Ressorts beteiligt. Von dieser Mitwirkung der Stäbe Hess/Bormann an der Gesetzgebung blieben grundsätzlich zunächst nur drei Sparten ausgeschlossen: Auswärtiges Amt, Wehrmacht und Geheime Staatspolizei. Der Grund für diesen Ausschluss war, dass einerseits bei diesen Ressorts gesetzgeberische Akte die Ausnahme und Verwaltungsakte die überwiegende Regel bildeten und dass ferner bei diesen drei Ressorts die Geheimhaltung eine besondere Rolle spielte. Dieser Ausschluss der drei Ressorts sollte sich bezüglich der Gestapo später als eine

zunächst nicht vorhergesehene grosse Schwäche bzw. Lücke in den Befugnissen der Stäbe Hess/Bormann erweisen. Die erst später geschaffene Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan war auf dem Papier gleichfalls nicht verpflichtet, die Stäbe Hess/Bormann zu beteiligen, da eine entsprechende Klausel fehlte. Tatsächlich wurde ~~jedoch~~ in sehr vielen Fällen, schon durch die gute Verbindung zwischen Personen wie ~~Speer, Todt, aber auch Körner zu Hess/Bormann~~ eine Mitbeteiligung erreicht.

Besonders betont muss bei dieser Mitbeteiligung an gesetzgeberischen Akten werden, dass sie sich zwar auf Gesetz und Verordnungen, in vielen Fällen auch auf Führererlässe erstreckte, jedoch unter allen Umständen die Verwaltungsmassnahmen der einzelnen Ressorts nicht berühren durfte und auch nicht berührte. Wenn beispielsweise ein Oberpräsident oder Landrat im Rahmen der bestehenden Gesetze und Verordnungen seine praktischen Massnahmen traf, stand er ausserhalb jeden Einflusses der Stäbe Hess/Bormann. Im ganz besonderen Masse galt dies für die Justiz, wo jeder Einfluss auf Urteil und rechtliche Verfügungen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich ausgeschlossen blieb. Diese Feststellung lässt die Frage völlig unberührt, ob und inwieweit der jeweilige Justizminister durch Belehrungen, Hinweise, Winke die Einstellung der Richter beeinflussen wollte oder konnte. Die Stäbe Hess/Bormann hatten naturgemäss ebensowenig Einfluss auf den Strafvollzug jeder Art, da auch dies eine reine Verwaltungsmassnahme ist.

Wenn die Errichtung des Stabes Hess massgeblich von dem Gesichtspunkt beeinflusst wurde, dass vier Augen mehr als zwei sehen, wurde dieser Gedanke durch eine besondere Erscheinung untermauert, die sich als ungewöhnlich nützlich, fruchtbringend und anregend erwies. Hess, aber auch Bormann vertraten von Anfang an den Standpunkt, dass irgendwo eine Stelle existieren müsse, an die sich der gewöhnliche Zeitgenosse, der etwas auf dem Herzen hatte, wenden könne, wenn er sich in irgendeiner Form durch Staat oder Partei benachteiligt oder bedroht fühlt, oder wenn er Unrecht, Missbrauch der Gewalt zu erkennen glaubt. Ohne dass es durch besondere Verordnungen bekannt gemacht werden musste, kam es in kurzer Frist dazu, dass der Stab Hess sozusagen die Zentrale Beschwerde- und Klagestelle innerhalb der

16.7
nach Kiste 6

Partei wurde und zwar nicht nur für Vorgänge, die die Partei betraf, sondern auch den Staat und selbst wirtschaftliche und andere Dinge. Der Posteingang von Briefen dieser Art erreichte in kurzer Frist eine beachtliche Höhe und blieb dann durch lange Jahre praktisch ziffernmässig stabil. [Eine Statistik, die örtlich und sachlich gegliedert war und auch mit farbigen Fähnchen auf Wandkarten arbeitete, gab hierüber ein anschauliches Bild.] Die Behandlung dieser Beschwerdebriefe und Klagen wurden möglichst sorgfältig durchgeführt, da man im Stabe die Ansicht vertrat, dass es ein Glück sei, wenn die Bevölkerung ein Ventil für derartige Dinge habe, wie es sich in einem Führerstaat und bei weitgehender Ausschaltung der parlamentarischen Vertretungen als nötig und nützlich erwies.

Aus den tausenden von Briefen ergab sich ein recht zuverlässiger Gesamteindruck über Stimmung und Beschwerden in der Bevölkerung. Schon die blosse Aussprachemöglichkeit und die Tatsache, dass jedenfalls eine Antwort erteilt wurde, wirkte entspannend. Die tatsächlichen Hilfsmöglichkeiten in Beschwerdefällen aller Art waren naturgemäss recht verschieden gross. Falls der staatliche Bereich berührt war und die Klage fundiert erschien, wurde die Angelegenheit an das entsprechende Ressortministerium weitergeleitet. Da es sich dabei um Verwaltungsakte handelte, konnte der Stab nur die Aufmerksamkeit des Fachministeriums etc. auf die Angelegenheit lenken. Es ergab sich auch bald genügend Übung, um berechtigte Beschwerden von Berufsquerulanten zu unterscheiden. Die grosse Zahl der Beschwerden und Klagen gab den Stäben Hess/Bormann auch Unterlagen, um die Stellungnahme bei Entwürfen von Gesetzen und Verordnungen der Wirklichkeit des praktischen Lebens anzupassen, ferner um Gesetzeslücken festzustellen, Abänderungsmöglichkeiten von Verordnungen zu überlegen usw.

Eine weitere weniger bekannt gewordene Funktion des Stabes Hess/Bormann bestand im Abbremsen 110%iger Absichten der Fachministerien. Im Laufe der Jahre glaubten viele Referenten ihre Einstellung durch besonders scharf geschliffene überprozentige Verordnungsentwürfe etc. dartun zu müssen. Der Stab Hess/Bormann konnte es sich leisten, solche Dinge auf das richtige Mass zurückzuführen. Zusammenfassend kann man sagen, dass diese abbremsende Tätigkeit der Stäbe Hess/Bormann zunächst gleichen

mindest

Umfang erreichte wie die Notwendigkeit, verschlafenen Fachministerien zu entsprechenden Entwürfen zu veranlassen.

von Seite 5
↓
1C
Einen Sonderfall bildete das "Heimtücke-gesetz". Der Stab Hess war hier in der Weise eingeschaltet, dass er vor der Anklageerhebung gehört werden musste, wenn sich die Äusserung gegen die Partei oder Parteifunktionäre richtete. Diese gleichfalls in der Abteilung III behandelte Frage ergab die Möglichkeit, die Anklageerhebung auf die relativ sehr seltenen Rückfalldelikte oder auf besonders bössartige Fälle zu beschränken. In allen anderen Fällen wurde über das Justizministerium veranlasst, dass der Täter vor den Staatsanwalt vorgeladen und ermahnt bzw. gewarnt wurde. Auf diese Weise wurde eine Bestrafung und Eintragung in das Strafregister vermieden. Dieses Verfahren wurde auch von den meisten Gerichten bzw. Staatsanwälten sehr begrüsst. Falls eine Bestrafung wegen des Heimtückegesetzes erfolgte, wurde die NSV angewiesen, sich der Familie anzunehmen.

Durch die Beteiligung des Stabes Hess schon an den Entwürfen wurde praktisch schon im Geburtsstadium eine *freiwilligen Mindernden Belangen* ~~Einigung mit den~~ *Beachtung gezogen* ~~anderen Ressorts erzielt.~~ Eine der wenigen, aber dafür sehr wichtigen Ausnahmen war der Entwurf für das neue Strafgesetzbuch, *war* ~~der~~ kurz vor Kriegsbeginn durch den Einspruch von Hess zu Fall kam und *wurde* ~~dadurch~~ (infolge des Krieges) überhaupt nicht mehr *in Kraft gesetzt wurde*. Grund für diesen Ausnahmefall waren zwei Punkte, in denen der Gesetzesvorschlag des Justizministeriums von den Wünschen des Stabes Hess abwich. Es waren dies:

- a) Bei den Bestimmungen über den Wirtschaftsverrat lehnte sich der Entwurf an die Bestimmungen des übrigen Auslandes an, wonach die Strafverfolgungsbehörde darüber zu entscheiden hat, ob wesentliche geheimhaltungsbedürftige Dinge zu Unrecht an das Ausland weitergegeben wurden oder nicht. Der Stab Hess vertrat demgegenüber den Standpunkt, dass die Strafverfolgungsbehörde sachlich nicht in der Lage sei, eine solche Entscheidung zu treffen, da ihr bei den komplizierten modernen Verhältnissen die nötige Sachkunde abgehe. Einer der wichtigsten Kanäle, *durch* ~~von~~ an sich geheimhaltungsbedürftige Dinge an das Ausland gingen, waren die internationalen Gegenseitigkeitsverträge und die

internationalen Kongressbeteiligungen. Bei derartigen Beziehungen war es üblich, einen sogenannten Erfahrungsaustausch oder, wenn man will, Erfindungsaustausch zu vereinbaren. Es blieb da dem Ermessen der jeweiligen Firmenleitung überlassen, ob bei diesem Austausch das Herausgegebene dem Hineingenommenen entsprach. Selbst wenn dies im Rahmen der Firma der Fall war, musste dies noch nicht für den höheren staatlichen Gesichtspunkt zutreffen. Um diese Fragen zu beurteilen, hätte der Stab Hess vorgeschlagen, dass im Rahmen des Vierjahresplanes eine Wirtschaftsstelle geschaffen werde, ohne deren Zustimmung keine an sich geheim zu haltenden Dinge an das Ausland gegeben werden durften. Diese Wirtschaftsstelle sollte sich aus Wirtschaftlern und Juristen etc. zusammensetzen.

- b) Der zweite Punkt betraf die üble Nachrede. Hier hatte Hess die Einfügung einer Bestimmung beantragt, wonach niemand wegen übler Nachrede bestraft werden dürfte, für Äusserungen, die er gegenüber dem Stab Hess gemacht hatte, es sei denn, dass Hess einer Verfolgung zustimme. Hess befürchtete, dass ohne eine solche Ausnahmebestimmung die vorerwähnte Möglichkeit für jedermann, sich auszusprechen, eine Klagestelle für alle Beschwerden und Sorgen, nicht bestehen könne. Hess vertrat den Standpunkt, dass je höher der Beschuldigte sei, um so grösser auch die Gefahr sei, dass der Verleumdungsparagraph zu einer missbräuchlichen Waffe werde. Eine Gefährdung des sozialen Lebens trete in erster Linie durch Mächtige ein. Dieser von Hess vorgeschlagenen Ausnahmebestimmung widersprachen alle Ressorts, nicht nur das Justizministerium.

Als die Dienststelle eines Reichsgeschäftsführers unter Bouhler im Oktober 1934 aufgelöst wurde, war dieser zunächst ohne Tätigkeit und bewarb sich bei Adolf Wagner um die Stelle eines Polizeipräsidenten in München. Als Hitler davon erfuhr, war er über die Möglichkeit, dass ein Reichsleiter Polizeipräsident werde, entsetzt. Bouhler erhielt als neue Tätigkeit die Leitung der neu zu schaffenden Kanzlei des Führers. Dieser Kanzlei wurde als Hauptarbeitsgebiet das Gnadenwesen innerhalb der Partei zugewiesen, das bis dahin naturgemäss auch beim Stab Hess gelegen hatte.

Abteilungen

1. von Tätigkeit der
Abteilungsleiter
und III ganz

Alle übrigen zum Stab Hess gehörenden Dienststellen traten gegenüber ~~den vorgenannten vier~~ stark in den Hintergrund. Für die Zugehörigkeit dieser Dienststellen zum Stab Hess/Bormann waren die verschiedensten Beweggründe ausschlaggebend. Es bestand einerseits wie schon angedeutet das Bestreben von Hess, möglichst mit allen Lebensgebieten des Volkes in Fühlung zu stehen. Daher ergab sich das Bedürfnis, sehr verschiedenartige Fachreferate zu schaffen. Ein weiterer Grund für die Zugehörigkeit zum Stab Hess konnte sein, dass die betreffende Dienststelle organisatorisch irgendwo eingegliedert werden musste, dass es aber aus personellen manchmal aber auch aus sachlichen Gründen nicht möglich war, sie irgendeinem anderen Reichsleiter zu unterstellen. Ein dritter Grund konnte sein, dass der Betreffende mit allen Mitteln die Zugehörigkeit erstrebte, um sich und seiner Dienststelle einen entsprechenden Rahmen und Ansehen zu geben.

Zu den einzelnen anderen Abteilungen sei bemerkt:

Die in den ersten Jahren entstehenden Sonderbeauftragten, deren wichtigster Oexle war, der bis in die ersten Kriegsjahre ^{ende} blieb, hatten die Aufgabe, Misstände vor allem persönlicher Art abzustellen, die bei den Parteifunktionären nach der Machtübernahme auftraten. Eine Reihe alter Kämpfer oder auch neu hinzugekommener Funktionäre entsprachen nicht den Notwendigkeiten, wie sie nach der Machtübernahme gegeben waren. Andererseits waren die örtlichen Vorgesetzten infolge persönlicher oder sonstiger Hemmnisse oft nicht in der Lage, selbst in den Dingen durchzugreifen. Diese Umstellung von einer Oppositions- und Kampforganisation zu der staatstragenden Partei erforderte besondere Bevollmächtigte, die dann nach den Anfangsjahren in Wegfall kamen.

Der Beauftragte für Hochschulfragen und gleichzeitig Reichsärzteführer Gerhard Wagner wurde auch für verschiedene andere Aufgaben herangezogen und war ein persönlicher Vertrauensmann von Hess. Für seinen Nachfolger Conti traf dies nicht mehr zu. Wagner sollte auch vor allem die Frage der Burschenschaften regeln.

Der noch lebende Prof. Wirz war der erste Leiter der Kongreß-Zentrale und hatte in diesen Organisationsfragen einen gewissen Einfluss.

in Art II

Sachbearbeiter für Kunst und Kultur war zunächst ganz kurz Bouhler, dann ^(im) Schulte-Strathaus. Er hatte jenen Posteingang als Referent zu bearbeiten, der nicht-juristische Fachfragen vor allem der Literatur betraf. ~~Auch~~ ^{Er} stand Hess recht nahe.

~~Von~~ Kapellmeister Adam als Musikreferent hatte eine dekorative Stellung ~~unter Schulte-Strathaus~~.

Auch Schemm/Wächtler als Sachbearbeiter für Schulfragen traten praktisch nicht in Erscheinung.

Der Referent für praktische-technische Fragen Croneiss war ein früherer Flieger und alter Bekannter von Hess. Er befasste sich mit Erfindungen, die an den Stab Hess herangetragen wurden und starb noch vor dem Kriege, ohne einen Nachfolger zu erhalten. Seine Aufgaben übernahm der Vierjahresplan.

Die Mitgliedschaft von Todt ~~und Speer~~ war nicht nur eine Formfrage, zumal beide ein sehr gutes Verhältnis zu Hess hatten und in diesem Fall sich der Stab es sich sozusagen zur Ehre anrechnete, über diese Fachleute im Bedarfsfall verfügen zu können, ^{ihnen} sie um Gutachten zu bitten etc.

Ribbentrop gehörte zu denen, die von sich aus den Einbau in den Stab Hess betrieben hatten, ohne dass dies anders als im Briefkopf zum Ausdruck kam. ~~Hess hat sich niemals einen fachlichen Rat von Ribbentrop erbeten.~~ Andererseits ist nicht bekannt, dass die Parteidienststelle Ribbentrop unter Bormann aufgelöst worden wäre. Es erscheint dies auch unwahrscheinlich, da Ribbentrop darauf Wert legte und dieses Firmenschild Bormann völlig gleichgültig war.

Rein formell aus organisatorischen Gründen wurde Himmler mit seiner Parteidienststelle (im Gegensatz zur entsprechenden Reichsbehörde) als Beauftragter für die Festigung des deutschen Volkstums dem Stabe Hess/Bormann eingegliedert. Himmler wollte für diese Tätigkeit auch eine Partei- neben der Staatsdienststelle haben.

Staatssekretär Reinhardt als Sachbearbeiter für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik war zwar durch seine Tätigkeit als Staatssekretär mit dem Stab Hess ^{festen} wirklich kaum verbunden, war jedoch von alten Zeiten her für diese Fragen in der Partei zuständig und hielt daher auch auf dem Parteikongress immer das entsprechende Referat.

Wenn in den Organisationsbüchern die parteiamtliche Prüfungskommission beim Stab Hess zeitweilig aufgeführt ist, so kann es sich, wenn es nicht überhaupt ein Irrtum ist, nur um eine reine Formalität gehandelt haben. Bouhler und die Kommission saßen in Berlin.

Die Bearbeitung der Parteitagangelegenheiten durch Heinrich Strang ging sehr bald auf Ley über.

Gauleiter Adolf Wagner als Beauftragter für den Neubau des Reiches galt zwar, solange er gesund war, sehr viel, kam aber in diesen Fragen nicht zu einer praktischen Auswirkung. Er hat aus Prestigegründen irgendein Bürozimmer im Stab Hess weiter behalten, aber nicht mehr.

Die Abteilung für kulturellen Frieden unter dem katholischen Herrn v. Detten bestand nur kurze Zeit. Detten stand dem Osaf v. Pfeffer nahe und verfolgte wie dieser reichskirchliche Bestrebungen, sogar unter Zusammenfassung von Katholiken und Protestanten zu einer neuen Einheitsreligion.

Der Siedlungsreferent ⁰¹⁷ Ludvici war ein alter Bekannter von Hess. Sein Arbeitsgebiet blieb jedoch infolge der Kompetenzen des Arbeits- und Ernährungsministeriums beschränkt und nur kürzere Zeit bestehen.

Der Verbindungsstab unter Herbert Stenger, der ursprünglich die Verbindung zwischen Partei und Staat herstellen sollte, was dann Aufgabe des Beauftragten für staatsrechtliche Fragen wurde (siehe oben, Abt. II), wurde tatsächlich nur das Berliner Büro von Hess und stellte, wenn man so will, auf diese Weise eine Art Berliner Verbindungsstelle zu den dortigen Staatsbehörden dar. Seine praktische Tätigkeit beschränkte sich auf gewisse Fühlungen und Empfang von Besuchern und Bittstellern in Berlin.

Das Parteiarchiv wurde bis Ende 42 von Uetrecht geleitet, dann von Brüggmann. Es unterstand wohl der Abteilung II.

Der als persönlicher Referent von Bormann schon in der Parteikanzlei tätige Ministerialdirigent Dr. ^{241/25} Hansen war bis Ende 42 ~~der Vertreter Bormanns~~ in München. Nach seinem Abgang wurde kein Nachfolger mehr ernannt.

Die Tätigkeit des Rassepolitischen- und des Sippenforschungsamtes im Stab Hess lief im normalen Rahmen, wobei allerdings

das Rassepolitische Amt (Dr. Groß) ^{beide} auch in Berlin sass.

Bohle als Person hatte gute Beziehungen zu Hess und blieb als Person in seinem Stab, auch als die Auslandsorganisation als solche zum Gau ausgebaut wurde und damit ausschied.

Für den Stab selbst gab es noch ein Personalamt, das zunächst Herr v. Wulffen, später Opdenhoff leitete. Nach dessen Abgang ging es in die Abteilung I auf.

Das Reichslager der NSDAP in Bad Tölz unter Martin Seidel war ein besonders gefördertes Schulungslager für Juristen usw. und hatte ebenso eine Ausnahmestellung wie die gleichfalls zum Stab gehörende Reichsschule in Feldafing unter dem Oberstleutnant a.D. Julius Görlitz, der noch lebt.

Leitgen leitete von Beginn an die Pressestelle bis 1941. Nachfolger gab es keinen.

Hanfstaengl war für die Auslandspresse formell in den Stab eingebaut.

Adjutant von Hess, später Chefadjutant von 1933 bis zum Schluss ^{war} Alfred Leitgen, ferner Adjutanten ab 1935 bis zum Schluss Gerhard Winkler, später Karl Heinz Pintsch und Günther Sorof.

Adjutanten von Bormann waren von 1935-36 Paul Wegener, anschliessend Heinrich Sellmer, ^{Frank} und Frank Adams und ab 1938 ^{Frank} bis zum Schluss Fritz Darges. ^(siehe bei Hitler) Hinzu kam von Ende 1939 bis Ende 1942 Heinrich Heim.

Persönlicher Referent von Bormann war Klopfer, bevor er die Abteilung III übernahm, dann Hannsen.

Für die tatsächliche Bedeutung der einzelnen Abteilungen und Referate im Stab Hess/Bormann galte weitgehend der Grundsatz, dass die Persönlichkeit, ihre Energie und ihre Bewährung massgebender war als der Rang des Inhabers oder ^{selbst} das Sachgebiet. Es kam darauf an, was der Mann aus der Sache machte.

Heim 3/5/12

Wegener

A k t e n v e r m e r kInstitut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

633/52

Betr.: Besuch von Herrn Heim am 1. Oktober 1952

Der Besuch von Herrn Heim galt in erster Linie Organisationsfragen des Stabes Hess und der Parteikanzlei. Das allgemein Wichtige hierzu wird gesondert notiert. Darüberhinaus kam es im Laufe der mehr als dreistündigen Unterhaltung auch auf einige andere Themen, und zwar insbesondere:

1. Kristallnacht Nov. 1938

Im Stabe Hess wurde nach der Kristallnacht nachstehende Sprachregelung für die Ereignisse festgelegt: Auf Grund der Radionachricht über die Ermordung von Rath war es an vereinzelt Stellen Deutschlands, nach Erinnerung von Heim in Mitteldeutschland, Magdeburg, zu Plünderungen und Exzessen gekommen. Auf die Nachricht hierüber war Goebbels schwer erschüttert und empört, da man damals die Tendenz des "Aufbaues des Ordnungsstaates" propagandistisch und wohl auch tatsächlich verfolgte. Goebbels versuchte nun auf die Nachricht hin sofort aus der Not eine Tugend zu machen und aus den vereinzelt unerfreulichen Ausschreitungen, die das Prestige schwächen mussten, zu einer Kundgebung der kochenden Volksseele und damit zu einem propagandistischen Erfolg überzuleiten. Darüberhinaus sollten die Ereignisse dem Auslands-Judentum als Warnung vor einem weiteren Fortschreiten auf diesem Wege dienen, sodass es in diesem Zusammenhang auch nur erwünscht war, wenn der Anschein oder Verdacht einer zentralen Steuerung der Dinge entstand. In diesem Zusammenhang hält Herr Heim auch die Drohung Hitlers, an das Weltjudentum für wichtig, die Hitler in seiner Rede am 3. Sept. 39 ausgesprochen hatte, dem Sinne nach dahin lautend, dass das Judentum im Falle einer Niederlage keinen Sieg erringen, sondern vernichtet würde. Ferner wies Herr Heim auf den im Buch Genoud enthaltenen Satz Hitlers hin, wonach dieser sagte: "Ich bin mir nicht im klaren, ob das Judentum aus Instinkt oder Überlegung so handelt, wie es tatsächlich geschieht." Beide Aussprüche deuten daraufhin, dass Hitler die Gesamtheit des Judentums stets vor Augen hatte, sodass auch der obige Gedankengang Goebbels mit der Warnung an das Ausland plausibel wird, da ja Goebbels auf Hitlers Intentionen genauestens und promptest reagierte.

Obige Sprachregelung im Braunen Haus lässt, zusammen mit den übrigen Aussagen zu diesem Thema, folgende zeitliche Reihenfolge erkennen: ~~xxxxxxxxxxx~~ ~~xxxxxxx~~

1. Aussage Max Jüttner: Meldung an Hitler und Goebbels beim Hinausgehen, dass in München Ausschreitungen von SA oder Parteiangehörigen gegen Juden vorkommen und dass die Polizei energisch eingreife. Daraufhin Bemerkung von Hitler, schon im Weggehen begriffen, man solle aber nicht zu scharf gegen die empörten Leute vorgehen.

2. Aussage Heim: Meldung an Goebbels über nunmehr ernstere Ausschreitungen in Magdeburg etc.

3. Aussage Max Jüttner: (sinngemäss gedeckt durch Aussage Heim) Goebbels äussert sich zu Anwesenden Gauleitern und Gruppenführern, dass die Ermordung von Rath doch wirklich die Volksseele zum Kochen bringen müsse und dass es kein Wunder wäre, wenn in der Nacht noch etwas passiere.

Mehrfache

4. ~~Fixe~~ Kombination: Auf diese Aufforderung zum Tanz hin telefonieren je nach Laune und Stimmung verschiedene Funktionäre mit ihrer Heimat, teilweise frangend, ob die Seele kocht, teilweise zum kochen auffordernd. Diese ~~eigene~~ Kombination deckt sich mit der Vermutung von Jüttner und von Dr. Naumann. Letzterer reduziert die Äusserungen von Goebbels nach Ziffer 3) auf "ein paar hingeworfene, vielleicht unvorsichtige Worte", während von anderen gesagt wird, dass Goebbels eine Art improvisierte Ansprache gehalten habe. Jüttner hält darin das Mittelmaß, alle drei aber sprechen von den Telefonaten, ~~zu~~ bei denen sie natürlich keine Ohrenzeugen waren, daher nur vermuten.

~~xxxxxx~~

5. Aussage Max Jüttner: Goebbels geht dann speziell Lutze an, der eine Beteiligung der SA ablehnt und entsprechende Befehle erteilt. Wenn die SA trotzdem örtlich auch beteiligt war, so ist dies entweder auf verspätete Befehle im SA-Dienstweg, oder auf vorherige gegenteilige Befehle einzelner Gruppenführer oder endlich auf Passivität einzelner Gruppenführer zurückzuführen, die sich im Hotel nicht mehr stören liessen.

6. Aussage Naumann ~~und~~ Jüttner; ~~und~~ Heim: Naumann leugnet strikt, dass Goebbels eine zentrale Weisung gegeben habe, die dann an die Propagandaämter weiterging und die Aufforderung zu den Ausschreitungen enthalten haben soll. Er begründet dieses Ableugnen nicht nur mit zahlreichen Äusserungen Goebbels auf der Rückfahrt nach Berlin, sondern auch damit, dass Goebbels seinen ihn empfangenden Gaupropagandaleiter gleich am Bahnhof vor allen Leuten in gröblichster Weise wegen des Synagogenbrandes etc. beschimpft hat. Umgekehrt spricht jede Vermutung dagegen, dass es zu so gleichartigen Ausschreitungen wie Synagogenbränden gekommen sein soll, ohne dass dieser Gedanke zentral geäußert worden wäre. Es ist daher anzunehmen, dass Goebbels in seiner improvisierten Mitteilung an die Funktionäre diesen Gedanken einschliesslich der Details der Synagogenbrände lanciert hat. Weniger wahrscheinlich ist die Möglichkeit, dass die Beschimpfung des Gaupropagandaleiters nur zur Tarnung ~~seines eigenen Irrtums~~ (siehe die nachfolgenden Punkte) erfolgt ist und dass ~~er~~ ~~intern~~ dann unter vier Augen diesen Mann dahin aufklärte, dass die Beschimpfung nur aus höheren Rücksichten erfolgen musste. Diese Version erscheint weniger deshalb unwahrscheinlich, weil sie Goebbels nicht zuzutrauen wäre, als deshalb, weil eine zentrale Weisung an mehr als 30 Gaupropagandaämter kaum geheim gehalten gewesen wäre. Auszuschliessen ist aber die zweite Version wohl nicht. Der Kern der zentralen Weisung lag wohl auf jeden Fall in erster Linie bei der improvisierten Ansprache.

7. Aussage Brückner: Schon zu Hause angelangt, wurde Brückner benachrichtigt, dass die Münchner Synagoge brenne. Brückner begab sich wahrscheinlich in Begleitung des Münchner Polizeipräsidenten Frhr. v. Eberstein, zu Hitler. Hitler hatte die gleiche Tatsache nur Minuten vor dem Eintreffen Brückners gleichfalls erfahren und soll getobt haben. Dieses Toben gab nun der ganzen Angelegenheit naturgemäss eine neue Wendung. Hitler war den Argumenten zugänglich, wonach diese Vorgänge dem Prestige und in erster Linie dem Aussenhandel, der Rohstoffbeschaffung, Devisenlage und der beginnenden Annäherung an England schwersten Schaden ~~zu~~ tun müssten.

8. Dokument Telegramm Heydrich: Offenbar unabhängig und vielleicht sogar zeitlich vor diesem Auftritt bei Hitler erging das bekannte Telegramm Heydrichs, wonach die Polizei und SS bei "möglichen Bränden" dafür sorgen sollte, dass sie nicht auf Nachbarhäuser übergreifen. Dieses Telegramm ist der schlüssigste Beweis, dass die

Idee der Synagogenbrände ~~in München~~ zentral lanciert wurde. Die relativ passive Rolle, die der Polizei und SS dabei zugewiesen wurde, ist entweder dadurch zu erklären, dass die negative Reaktion von Hitler noch nicht bekannt war, oder aber, dass Heydrich den Standpunkt vertrat, dass die Brände ohnedies schon entstanden sind und man unerfreuliche Zusammenstöße mit den brandstiftenden Parteiangehörigen vermeiden müsse. - Für ein Mittun an den Brandstiftungen kam die SS als einzige nicht in Frage, da sie von 12 - 1 Uhr nachts durch die Vereidigung der Rekruten anderwärts beschäftigt war.

9. Aussagen Naumann, Füttner, Brückner: Neben der sofortigen negativen Reaktion von Hitler war nach übereinstimmenden Aussagen Göring als Vierjahresplan-Mann in erster Linie derjenige, der die Vorgänge verurteilte. Er war auch anwesend, als Hitler die Nachricht von der Münchner Synagoge erhielt.

Naumann erwähnte in seiner Aussage nichts von dem Auftritt mit Hitler, sondern stellte es so dar, als ob Goebbels viel zu klug gewesen sei, nicht von vornherein die negativen Konsequenzen solcher Ausschreitungen zu erkennen. Gerade solche Dinge wären doch für einen Propagandafachmann besonders naheliegend. Hierzu wäre zu sagen, dass auch Naumann die von allen anderen bestätigte mehr oder weniger lange Ansprache an die Funktionäre nicht leugnet, ihren Inhalt nicht gehört hat (er war ja nicht Blutordensträger) und dass von keinem der Zeugen eine andere Ansprache erwähnt wird, in der direkt oder indirekt zu einer Aktion, noch dazu mit der ausgesprochenen Pointe der Synagogenbrände aufgefordert worden wäre. Ausgeschlossen ist aber, dass allseits auf Synagogenbrände verfallen wird, ohne dass dieses Wort lanciert worden wäre, und dass Heydrich aus dem blauen Himmel von Bränden spricht.

10. Aussage Heim/ Naumann: Die Sprachregelung, die im Bräuerhaus lt. Heim gegeben wurde, gibt eine gute Erklärung dessen, was sich Goebbels ursprünglich bei der Aktion dachte. Es ist auch sehr charakteristisch, dass die nur hingeworfene Bemerkung Hitlers, dass man ~~den Demonstranten~~ die Demonstranten (vorläufig nur relativ harmlose!) nicht scharf anpacken soll, wahrscheinlich indirekt von Goebbels als Freibrief angesehen wurde, als ihm der rettende Gedanke mit der kochenden Volksseele kam. Er glaubte daher, bestimmt im Sinne seines Herrn zu handeln.

Es besteht nun entweder die Möglichkeit, dass Brückner sich irrt, wenn er von dem tobenden Hitler wegen des Synagogenbrandes spricht. Wenn dies jedoch nicht wahr wäre, wäre die Szene unerklärlich, die Naumann über die Beschimpfung des Gaupropagandaleiters durch Goebbels erzählt. Wahrscheinlich oder wohl beinahe sicher ist daher, dass Goebbels ausnahmsweise die Einstellung Hitlers nicht richtig voraussah, weil er selbst die Sache nicht vortrug, sondern Göring und Brückner. Als Goebbels von der Ansicht Hitlers und Görings erfuhr, schaltete er um, und zwar wahrscheinlich formal mit Recht, da er eben wirklich keine zentrale Weisung gegeben hatte, das Feuer nicht gezündet, sondern nur gezündelt hatte. Da man ~~aber~~ aber in intimen Parteikreisen die provozierenden Äußerungen von Goebbels kannte, wurde die von Herrn Heim mitgeteilte Sprachregelung getroffen, die ja nebenbei gesagt, eine wahrheitsgemäße Darstellung der Gedankengänge von Goebbels und damit indirekt eine Entschuldigung für dessen ersten Irrtum war. Herr Heim erwähnte nichts, ob die gegenteilige Ansicht von Hitler und Göring im Zusammenhang mit dieser Sprachregelung erörtert wurde oder ob man diese delikate Frage ruhen liess.

*Brückner hat sich um seine Worte nicht bemüht, da er allein das Göring anführte.
Die Sprachregelung wurde durch die Anwesenheit von Goebbels, der die Sache nicht vortrug, sondern Göring und Brückner.
Als Goebbels von der Ansicht Hitlers und Görings erfuhr, schaltete er um, und zwar wahrscheinlich formal mit Recht, da er eben wirklich keine zentrale Weisung gegeben hatte, das Feuer nicht gezündet, sondern nur gezündelt hatte.
Da man aber in intimen Parteikreisen die provozierenden Äußerungen von Goebbels kannte, wurde die von Herrn Heim mitgeteilte Sprachregelung getroffen, die ja nebenbei gesagt, eine wahrheitsgemäße Darstellung der Gedankengänge von Goebbels und damit indirekt eine Entschuldigung für dessen ersten Irrtum war. Herr Heim erwähnte nichts, ob die gegenteilige Ansicht von Hitler und Göring im Zusammenhang mit dieser Sprachregelung erörtert wurde oder ob man diese delikate Frage ruhen liess.*

A k t e n v e r m e r k

Betr.: Zweite und dritte Unterredung mit Herrn Ministerialrat
a.D. Heinrich H e i m , am 7./17. Oktober 1952

Herr Heim, geb. 1900, war von 1920-23 Mitglied der NSDAP, trat jedoch 1925 nicht wieder ein. Von 1928-30 arbeitete er in München als Rechtsanwalt in Kanzleigemeinschaft mit dem späteren Reichsleiter Dr. Hans Frank.

Im Rahmen dieser Kanzleigemeinschaft führte Heim im Namen von Frank einen Prozess für die Hilfskasse der NSDAP gegen die Hamburger Versicherungsgesellschaft Albingia. Die Hilfskasse war bei der Albingia eine Versicherung eingegangen und hatte diesen Vertrag gekündigt. Der Prozess wurde gewonnen. Von 1927-36 war Herr Heim selbständiger Rechtsanwalt. Er wurde im August 1933 nach Ernennung von Hess zum Stellvertreter des Führers (27. Apr. 1933) von Bormann zur Mitarbeit aufgefordert; da Herr Heim auch Hess seit den 20er Jahren kannte, lag auch die Zustimmung von Hess vor und Herr Heim wurde das erste Mitglied des Stabes Hess, ohne zunächst seinen Anwaltsberuf aufzugeben. Damals herrschte Mitgliedssperre für die Partei; Herr Heim wurde aufgenommen und erhielt 1936 rückwirkend eine Mitgliedsnummer aus 1931.

1936 wurde Herr Heim Oberregierungsrat in der Abteilung III des Stabes des Stellvertreters des Führers und später zum Ministerialrat befördert. In der Abteilung III, die staatsrechtliche Angelegenheiten bearbeitete, leitete er seit 1935 die Gruppe, die dem Justizressort entsprach. Es wurden in dieser Abteilung Gruppen parallel zu den verschiedenen Reichsministerien entwickelt. Ende 1939 wurde Herr Heim Adjutant bei Bormann im Führer-^{/t.}hauptquartier, wobei seine Nachfolge in Abteilung III zunächst offen blieb. 1940 wurde der spätere Staatssekretär im Justizministerium Klemm sein Nachfolger. Herr Heim blieb bis Ende 1942 Adjutant von Bormann und in dieser Stellung hat er auch die "Tischgespräche" niedergelegt. Ende 1942 übernahm er in der Parteikanzlei das neu gegründete Ressort Europafragen.

Die Erbschaft von Gregor Strasser wurde im Dezember 1932 im grossen und ganzen zwischen Ley und Hess geteilt. Hess über-

nahm den kleineren Teil als Leiter der neugeschaffenen politischen Zentralkommission. Diese Kommission wurde 1933 aufgelöst und ein Stab des Stellvertreters des Führers gebildet.

Die neue Stellung von Hess war in doppelter Hinsicht schwierig. Einerseits brachte die Machtübernahme für die bisher auf den politischen Kampf und die Opposition eingestellte Parteiorganisation die neue Aufgabe der staatstragenden Partei. Andererseits war sich Hess darüber klar, dass er seine Aufgabe nicht durch Diktate lösen konnte, da ohne den Aufbau des Parteiapparates von unten her nichts zu wollen war. Er musste daher Ausstellungen und Umstellungen behutsam vornehmen, um so mehr, als ihm die fast unüberwindliche Dankbarkeit Hitlers für seine alten Kampfgenossen bekannt war. Für diese Aufgabe war Hess nach seiner ganzen Einstellung der gegebene Mann, von dem man sicher wusste, dass er nichts für sich und seine Machtposition, sondern alles für die Sache anstrebte und Hitlers Intentionen am besten kannte und erriet. Es ist daher falsch, wenn ihm schon damals vorgeworfen wurde, dass er zu weich gewesen sei. Eine unvorsichtige Gewaltaktion von Hess hätte vielleicht in einem Fall einmal Erfolg gehabt, aber wahrscheinlich seine Stellung und damit alle tatsächlichen bremsenden und wohltuenden Wirkungen zunichte gemacht. Ohne die Einrichtung der Sonderbevollmächtigten oder Beauftragten z.b.V., die im Stabe Hess extra dazu eingesetzt waren, Dinge durch persönliche Intervention zu klären, wären diese Aufgaben nicht lösbar gewesen. Ihre Dienste an Ort und Stelle waren ausserst wirksam.

Wenn auch Bormann robuster als Hess war, hat auch er, als er die Leitung der Parteikanzlei und damit die Nachfolge von Hess übernahm, immer den Standpunkt vertreten, dass ein wirklich unfähiger oder unbrauchbarer Mann sich auf die Dauer von selbst zu Fall bringt. Umgekehrt ist es Tatsache, dass Hitler selbst im Falle Streicher es nachträglich beklagte, diesen Mann, der ihm in den schwersten Zeiten, nämlich in den ersten Jahren, so unschätzbare Dienste geleistet hatte, habe fallen lassen zu müssen. Hitler glaubte, dass er es dem deutschen Volk zumuten könne, wenn er Männer mit grössten Verdiensten und alte Kämpfer auf ihren Plätzen liess, auch wenn sie später in mancher Hinsicht nicht entsprachen, solange keine geeigneten Nachfolger da

waren.

Ein Gesichtspunkt, der mit dem Ablauf der Jahre immer stärker dazu drängte, in Personalfragen vorsichtig vorzugehen, war die fast unlösbare Frage des Nachwuchses bzw. Ersatzes. Immer wieder trat, wenn die Nachfolge des einen oder anderen Gauleiters oder stellvertretenden Gauleiters (um diese zentralen Figuren ging es neben den Gliederungsführern in erster Linie) zur Diskussion stand, die Frage auf, wen man als bestgeeignete und dabei andern Orts entbehrliche Kräfte finden könnte.

Diese ausserordentlich prekäre Nachwuchsfrage, die sich zu einem Zentralproblem überhaupt entwickelte, bzw. nach Kriegsschluss erst recht entwickelt hätte, ist durch folgende Umstände entstanden:

1. Es begann bereits damit, dass, wenn in Reichsleitungsstellen ein Posten neu zu besetzen war und man bei den Gauen anfragte, dass die Gaue aus begreiflichen Gründen meist nicht ihre besten Leute nannten, sondern solche, die sie nicht ungern loswurden. Die besten Leute liessen sie möglichst still im eigenen Bereich arbeiten.
2. Es stellte sich ferner im Laufe der Jahre immer mehr heraus, dass das Parteiamt kein lockendes Berufsziel neben der Konkurrenz der Wehrmacht, des Beamtentums etc. war. Das Parteiamt wurde in der Kampfzeit von idealen Kämpfernaturen ausgefüllt, die für das von ihnen erstrebte Ziel persönliche Opfer zu bringen bereit waren. Nach der Machtübernahme fiel dieses ideale Ziel weg, da es erreicht war. Nunmehr trat diese Frage der Versorgung, des Avancements in den Vordergrund. Die Partei war bis zum Schluss nicht in der Lage, ihren Männern ein Beförderungsschema oder gar eine gesicherte Versorgung zu bieten. Erschwerend kam noch hinzu, dass man möglichst Verheiratete mit Kindern bevorzugen wollte und dass gerade bei diesen der Anreiz gering war, die ungesicherte hauptamtliche Partei-stelle zu übernehmen. Es stockte daher auch der Nachschub von unten. Um so mehr hielten die Gaue ihre alten Männer fest. Umgekehrt war aber keineswegs gesagt, dass Männer, die sich im politischen Kampf und in der Opposition bewährt hatten, auch die gegebenen Träger des Staates waren, also in einer völlig entgegengesetzten Aufgabe. Politische Kämpfer sind selten gute Beamte und umgekehrt.
3. Auch in der untersten Linie, bei den sogenannten Ordensburgen, lagen nach Ansicht von Bormann die Dinge mit dem Nachwuchs nicht günstig. Dort wurden junge Leute in erstklassiger Umgebung mit allem, was gut und teuer war, erzogen und ausgebildet. Das Ergebnis dieser Erziehung war, dass diese jungen Männer einerseits den alten Kämpfern in der Parteiorganisation sich in vieler Hinsicht überlegen fühlten und es zumindest in der Allgemeinbildung, im Auftreten etc. wohl auch waren. Andererseits merkten aber diese jungen Herren, wenn sie in den Dienst übernom-

men wurden, dass sie den alten Kämpfern an Erfahrung im politischen Kampf, in dem Erkennen des Gegners, der Volksstimmung usw. unterlegen waren. Es ergab sich daher bei ihnen ein Komplex, gemischt aus Überlegenheits- und Unterlegenheitsgefühl, der leicht zu einer Verkrampfung führte und das beiderseitige Verständnis hemmte. Bormann war daher ein entschiedener Gegner dieser Art von Nachwuchsgewinnung, doch kam dies im Krieg nicht mehr nach aussen zum Ausdruck.

Immer wieder, besonders im Krieg, als ⁱⁿ die Partei grosse Lücken durch Einberufungen und Verluste gerissen wurden, gab Bormann seiner Sorge Ausdruck, wo denn die geeigneten jungen Leute blieben. Es herrschte grösste Not bei jedem besseren Posten, der zu besetzen war. Auch Pläne, bewährte Soldaten, Ritterkreuzträger etc. zunächst Kriegsversehrte, dann auch andere, in Stellungen der Partei zu übernehmen, versprachen wenig Erfolg, da auch ein bewährter Soldat und ein bewährter politischer Amtsträger nicht unbedingt dasselbe sind.

Etwa mit Kriegsbeginn begann der Strom an Zuschriften beim Stab Hess abzuflauen (unter Zuschriften werden die schon erwähnten Klagen, Beschwerden etc. verstanden); diese Tatsache wurde zunächst als ganz natürlich empfunden, da durch den Krieg viele Leute eingerückt waren und andere Sorgen in den Vordergrund traten. Es stellte sich aber im Laufe der Zeit immer deutlicher und schliesslich eindeutig heraus, dass das Verstummen der Volkessstimme, der Klagen und Beschwerden, auch andere Gründe hatte. Diese Gründe rührten an das Wesen des damaligen Staatsaufbaues überhaupt. Mit der Ernennung von Gauleitern nunmehr auch zu Reichsverteidigungskommissaren war gerade in der entscheidenden Ebene ~~der~~ Gauleiter = Reichsstatthalter = Oberpräsident = Reichsverteidigungskommissar eine Personalunion von Partei und Staat hergestellt worden, die 1942 ihren Abschluss erreicht hatte. Die Ernennung zum Reichsverteidigungskommissar spielte bereits in das militärische Gebiet hinüber. Den Beschwerdeführern, den sich Beklagenden etc. musste daher immer stärker zum Bewusstsein kommen, dass gleichgültig, ob sie sich über den Staat bei der Partei oder umgekehrt beschwerten, dieses Problem letzten Endes bei der gleichen Person landete, also eine Identität von "Beschuldigtem" und "Richter" zur Folge hatte. Der Stab Hess/Bormann konnte ja gar nichts anderes tun, als fragliche Fälle, die ihm zur Kenntnis kamen, mit der Bitte um Klärung schriftlich oder mündlich (durch die schon erwähnten "z.b.V.-

Beauftragten") an den Gauleiter heranzubringen oder aber an die staatlichen Ressorts. Es war naheliegend, dass sich die Leute dabei sagten, ich verbrenne mir dabei nur die Finger. Die vom Stab Hess als so überaus wichtig beurteilte Vertrauensbasis war dadurch weitgehend ihrer Grundlage beraubt. Dieses Klage- und Beschwerderecht der Einzelnen diente aber nicht nur der Bestandssicherung des Regimes, indem es ein natürliches Ventil schaffte, sondern war auch ein Appell an den guten Willen, dem Ideal des neuen Reiches unter allen Umständen zu dienen; Voraussetzung hierfür war aber, dass der Betroffene nicht in Gefahr kam, dass sein Rederecht zu Unannehmlichkeiten für ihn selbst führte und damit erstickt wurde.

Die Personenidentität warf aber darüber hinaus auch noch die Frage auf, wie sich das Verhältnis Partei/Staat überhaupt gestalten sollte. Nach der ursprünglichen Konzeption sollte der Parteifunktionär darüber wachen, dass das nationalsozialistische Gedankengut im täglichen Leben und in den Massnahmen des Staates zum Ausdruck kam. Der Parteifunktionär, der Hoheitsträger und da wieder an der wichtigsten Stelle der Gauleiter hatte nach der ursprünglichen Konzeption nur diese Rolle als Beobachter, als Kritiker und Mahner. Es war unter den gegebenen Verhältnissen menschlich begreiflich, wenn die Gauleiter nicht so leicht auf den späterhin erhaltenen Herzogsmantel der Macht als Reichsstatthalter, Oberpräsident etc. verzichten würden. Es bestand daher in der Parteikanzlei in den späteren Jahren, als die Erkenntnis dessen voll zum Durchbruch gekommen war, kein Zweifel darüber, dass nach dem Kriege Probleme, ja Kämpfe zwischen Parteikanzlei einerseits und den Gauleitern andererseits unvermeidlich waren. Man war sich darüber klar, dass man die Gauleiter werde vor die Frage stellen müssen, ob sie auf ihr Parteiamt oder auf das Staatsamt verzichten wollten, da man nur durch die Trennung dieser Funktionen die alte ideale Konzeption der Doppelgleisigkeit wiederherstellen konnte. Durch den Appell an Einsicht und guten Willen sollten dem Reich ein sehr wirksames Mittel zur Gestaltung an die Hand gegeben werden, ein Mittel über das weder das vergangene eigene Regime verfügt hatte noch vermutlich irgendein anderes Regime in Vergangenheit und Gegenwart. Es galt zu erreichen, dass im Leben das Moment der Rücksichtslosigkeit auf ein Minimum beschränkt werden sollte, welche

Ziel durch Vorbild im Positiven und durch ein mahnendes Wort im Falle der Not entsprechen~~n~~ werden sollte. Speziell im Hinblick auf das Leben des Volkes unter Völkern (Aussenpolitik) ist es für die Staatsführung wesentlich, in jedem Augenblick zu wissen, wie weit sie in der Forderung einer Haltung, die Opfer bedeutet, gehen kann. An die Stelle von Gesetz und Befehl tritt in einem so geleiteten Reich der Appell ^{an} der Einsicht und ~~des~~ guten Willen mit der Aussicht, ^{bei} einem Minimum von Zwang ein Maximum von Hingabebereitschaft zu ^{erzielen} ~~veranlassen~~ und jeder Not sozusagen von Amts wegen auf die Dauer nachzuspüren zu können. Wenn man die grundsätzliche Frage, eine vollständig neue Garnitur von etwa 40 Gauleitern bzw. Reichsstatthaltern etc. neu stellen zu müssen, zu den erwähnten Schwierigkeiten des Nachwuchses in der Partei hinzunimmt, wird man die Grösse der Probleme ermessen können, die sich für die Zeit nach dem Kriege stellte. Nicht genug damit war man sich aber in der Parteikanzlei und wohl auch Hitler selbst darüber klar, dass das persönliche Verhalten einzelner wenig glücklicher Gauleiter mit dazu beigetragen hatte, einer geheimen Opposition Wasser auf die Mühle zu geben.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung von Gesetzesvorschlägen, die durch die Reichsressorts Hess/Bormann vorgelegt wurden, sei noch bemerkt, dass der Stab im Falle des Eintreffens eines Gesetzentwurfes ähnlich verfuhr, wie es auch die einzelnen Ministerien auf dem staatlichen Sektor taten. Man überlegte, welches Parteiressort jeweils interessiert war und holte die Meinung dieser Parteiämter in einer Art Umlaufverfahren ein. Auf diese Weise vertraten Hess/Bormann nicht nur ihre eigene Meinung, sondern auch die aller interessierten Parteiämter.

Innerhalb des Stabes Hess/Bormann bestand, um auch dies zu erwähnen, bei den Stellen bzw. Sachbearbeitern der Beschwerden, Klagen usw. die Gefahr, dass die einzelne Person gegenüber dem Strom der Zuschriften mit der Zeit abstumpfte oder aber, dass sie - Einzelfälle verallgemeinernd - nurmehr Schlechtes sah. Gerade in dieser Hinsicht erwies sich die Einrichtung der im Land herumreisenden z.b.V.-Beauftragten als besonders wertvoll. Durch das Gesetz über die Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 war eindeutig festgelegt, dass Differenzen zwischen Partei- und Staatsstellen nur auf dem Weg über die Spitze, also über Hess bzw. das zuständige Ressortministeri-

um ausgetragen werden durften. Auf der Ebene Kreisleiter-Landrat-Oberbürgermeister hatte sich schon vor dem Krieg eine Personalunion als unzweckmässig erwiesen. Durch den meist kriegsbedingten Wegfall der Trennung in der Ebene der Gauleiter und das Versiegen der Klagen und Beschwerden war das System der Zweigleisigkeit erschüttert. Die geplante Verzahnung von Partei und Staat und die Möglichkeit, Klagen, Beschwerden und Wünsche auf dem staatlichen und Parteiweg nach oben zu bringen, war unterbrochen.

Nach Schaffung der Kanzlei des Führers unter Bouhler hatte Hess die Gnadensachen der Partei ressortmässig an Bouhler abgetreten, obwohl damit eine wichtige Kompetenz aus ihrem natürlichen Zusammenhang gerissen wurde. Dies erschien aber immer noch besser, als gerade in dieser heiklen Frage zwei verschiedene Instanzen namens der Partei sprechen zu lassen.

Zu der Frage des Entwurfs eines Strafgesetzbuches kann gesagt werden, dass das Reichsrechtsamt unter Frank einen umfangreichen Gegenentwurf ausgearbeitet hatte und dass der Entwurf von Gürtner mit einer noch umfangreicheren Begründung versehen war. Es wäre sehr lehrreich, diese Dokumente, die erhalten sein müssen, zu beschaffen. Gürtner hatte sich nach einer letzten Aussprache mit Hess bereits damit einverstanden erklärt, die Ausnahmebestimmung (Fall der üblen Nachrede) für den Stellvertreter des Führers zu akzeptieren. Der zweite Differenzpunkt, die Frage des Wirtschaftsverrats, war mit dem Justizministerium noch nicht durchgesprochen. Der Vierjahresplan hatte zugestimmt, eine entsprechende fachliche Prüfstelle einzurichten. Die Strafnorm würde durch eine ad-hoc-Gesetzgebung von heute auf morgen verkündet worden sein. Der ganze Entwurf blieb dann infolge des Krieges liegen.

In der Abteilung III bearbeitete zunächst v. Helms die Beamtenpersonalien, dann ab 1938 Herr Binding, der jetzt in einer Versicherung in Hamburg tätig ist, und endlich Dr. Kernert.

Im Gegensatz zu allen seinen Gefolgsleuten auch der ersten Garnitur blieb Hitler immer der einzige, der wirklich das ganze Volk verkörpern und die Deutschen zu einem wirklichen Volk machen konnte und gemacht hat.

Die Version, dass Bormann in der Absicht, Himmler zu diskreditieren, veranlasst habe, dass Himmler den aussichtslosen

Posten als Heeresgruppenführer am Oberrhein bzw. an der Weichsel übernahm, dürfte völlig abwegig sein und zwar aus zwei Gründen: Einerseits war zumindest an der Weichsel die Lage des Reiches derart, dass man die Niederlage einer Heeresgruppe nicht mehr in Kauf nehmen konnte, bloss um einen Mitkonkurrenten zu blamieren. Bormann beurteilte die Dinge viel zu ernst, um solchen Gedanken Platz zu geben. Ferner ist es für jeden, der in den letzten Jahren wirklich die Dinge an Ort und Stelle mitgemacht hat, geradezu unsinnig anzunehmen, dass Hitler auf militärischem Gebiet auch nur irgendeinen Rat von Bormann angenommen oder angehört hätte. Es war notorisch bekannt, dass Bormann niemals in militärische Dinge eingriff oder sich auch nur eine Meinung erlaubte. Er betonte immer im Gegenteil, dass er davon nichts verstehe.

Bormann war in seiner Umgebung gefürchtet, da er ausserordentlich temperamentvoll war und härteste Kritik an seinen Untergebenen übte, wobei ihm mitunter die Zügel entglitten und die Rüge allzuscharf ausfiel.

Gerhard Wagner (der Ärzteführer) und Todt standen Hess und Bormann sehr nahe; beide hatten Verbindung und Halt im praktischen Leben und standen fest auf beiden Füßen. Todt speziell war eine an Lebenserfahrung und überlegenem Können einmalige Erscheinung, die mit einer Handvoll Leute eine Riesenaufbauarbeit meisterte.

5. XI. 52

Meim.

Wigly

815/52 v.S./Sch

Herrn
Dr. Carl Dietrich Erdmann

K 3 1 n

Hansaring 24

Heim

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wie vorgesehen hatte ich eine Unterhaltung mit Herrn Ministerialrat a.D. Heinrich H e i m. Anliegend eine Abschrift Ihrer Fragen und die darauf erteilte Antwort.

Ich bitte den ausdrücklichen Hinweis von Herrn Heim zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass diese Auskünfte nur zu Ihrer Information dienen sollen und keineswegs die Grundlage für ein öffentliches Hervortreten bieten dürfen.

Diese Stellungnahme des Herrn Heim wird erst erklärlich durch eine "Lagebesprechung zu den Tischgesprächen", die ich z.T. mit Herrn Heim allein, z.T. in Gegenwart auch von Herrn Dr. Buchheim jr. geführt habe. Nachfolgend eine kurze Wiedergabe unserer Unterhaltung:

Heim war Ende Oktober in Zürich, hat von dort aus Genoud nach Genf geschrieben und eine Aussprache vorgeschlagen, die in Zürich stattfand. Über die Herkunft des Manuskripts gibt Genoud auch weiterhin keine Auskunft. Heim bezweifelt grundsätzlich die Echtheit nicht - was sich natürlich nicht auf die Einzelheiten erstreckt.

Genoud hat von sich aus bekanntlich bedeutende Beträge in den Erwerb des Manuskriptes gesteckt; der Verlag Flammarion hat in das französische Buch gleichfalls relativ hohe Beträge investiert und noch höhere finanzielle Hoffnungen daran geknüpft, die jedoch bisher enttäuscht wurden. Auch die deutsche Ausgabe ist ein finanzieller Misserfolg. Für beide Verlage, Athenäum und Flammarion, liegt daher das Geschäft im Verkauf in dritten Ländern. Hierbei scheiden die kleinen europäischen Länder von vornherein als lukrative Absatzgebiete aus. England dürfte keine besonderen Chancen bieten, da die Engländer bei Hitler besonders schlecht wegkommen. Die spanisch sprechenden Länder scheiden aus, da für sie die Auslassungen Hitlers über die Religion unerträglich wären. Es bleiben daher nur die USA als mögliches grosses Absatzgebiet.

In den Vereinigten Staaten wäre mit einer vollständigen Ausgabe, d.h. mit einem dicken Wälzer nichts anzufangen, vielmehr müssten die Textstellen wahrscheinlich nach amerikanischen Geschmack ausgesucht werden. Wie dem auch immer sei, ob eine unvollständige oder vollständige amerikanische Ausgabe, unbedingte Voraussetzung ist, dass vorher eine deutsche vollständige Ausgabe als Originalquelle vorliegt. Der Gedankengang von Heim ist aufgrund dieser Sachlage folgender:

Eine Kompromissbereitschaft beider Parteien ist infolge der investierten Beträge nur zu erwarten, wenn die Partner eine gute Chance sehen, durch den Kompromiss wenigstens Ihre Investitionen zurückzubekommen. Ist diese Chance nicht vorhanden, werden sie beide noch jahrelang prozessieren. Über die Chancen dieser Prozesse ließe sich eine eigene kleine Abhandlung schreiben, die hier zu weit führen würde und nicht unbedingt zur Sache gehört.

Der Löwenanteil der zu erwartenden Gelder müsste dann zwischen den drei Parteien des Prozesses (Athenäum, Flammarion, Genoud) und den zwei Verfassern (Heim, Picker) und endlich evtl. den Erben Hitlers geteilt werden. Ein kleiner Teil müsste der Finanzierung der deutschen Gesamtausgabe dienen, die als Originalquelle für die amerikanische eine fast unabdingbare Voraussetzung ist.

Es ist klar, dass eine solche Vorweg-Aufteilung der künftigen Gewinne Schwierigkeiten bereiten würde, doch wäre dies in erster Linie Sache der beteiligten Verlage. Der Wunsch von Herrn Heim geht dahin, dass man durch das unterbreitete Aufzeigen einer Chance in Amerika die Voraussetzungen für einen Kompromiss zwischen Paris-Genoud und Athenäum-Picker schafft. Nur im Falle eines solchen Kompromisses sieht Herr Heim die Möglichkeit zu einer Gesamtausgabe in irgendeiner Sprache. Wenn eine solche Chance nicht aufzeigt wird, wird Genoud niemals die Unterlagen für eine deutsche Gesamtausgabe herausgeben.

Was nun die spezielle Stellung von Herrn Heim anbelangt, so hat dieser mit Absicht sich an dem Bonner Prozess nicht beteiligt, obwohl auch ein Teil seiner Manuskripte durch Picker mitverwendet wurde. Heim legt aus verschiedenen Gründen z.Zt. größten Wert darauf, neutral und nicht direkt beteiligt zu bleiben. Aus diesem Grund hat er auch die ihm gestellten Fragen nur zu Ihrer privaten Information beantwortet.

Heim vertritt auf das Nachdrücklichste die Ansicht, dass in der jetzigen Lage jede kritische Betrachtung der Tischgespräche die heikle Prozess-Situation und besonders die Chance eines Ausgleichs aufs höchste gefährden müsste. Dieser seiner Ansicht glauben auch wir uns anschließen zu müssen. Die erste Bitte geht also dahin, bei einer Besprechung der "Tischgespräche" auf die Quellenlage und Textkritik nicht einzugehen. Herr Heim sprach im übrigen gelegentlich unserer Unterhaltung den Wunsch aus, dass Sie sich mit ihm ins Einvernehmen setzen sollten, falls später die Frage der Quellen- und Textkritik aktuell werden sollte. Die Adresse ist: Ministerialrat a.D. Heinrich Heim, c/o Pa. Mikrokopie, München, Weinstr. 4.

Die zweite ebenso wichtige Bitte geht dahin, ob Sie, sehr geehrter Herr Erdmann, in der Lage wären, bei einem geeigneten amerikanischen Verlag vorzufühlen, ob er einer Gesamtausgabe der Tischgespräche eine gute Chance zubilligen würde. Im Falle einer positiven Antwort verpflichtet sich Herr Heim die einzige Möglichkeit einer Beendigung des sonst jahrelangen Rechtsstreites und damit die einzige Möglichkeit zu einer verlässlichen Deutschen Gesamtausgabe zu gelangen.

Die Form, in der eine etwaige amerikanische Chance als Ausgleichsbasis der Seite Genoud/Flammarion sowie dem Athenäum-Verlag bekannt gegeben würde, ist eine spätere Sorge. Ihr Name

musste dabei nicht genannt werden, vielleicht würde das Institut sich einschalten.

Mit recht herzlichen Grüßen und Empfehlungen

Ihr sehr ergebener


(v.Siegler)

2 Anlagen

Fragen an Heim

- 1) Woher hat Picker das Manuskript bzw. die Manuskriptteile aus der Zeit, in der Heim mitschrieb? Von Bormann? In der bereits von Bormann durchkorrigierten Fassung? Hatte Bormann mehrere Exemplare der "Vermerke" ?
- 2) Hat Heim nach Picker seine Aufzeichnungen fortsetzen können? Wer sonst? (In Edition Flammarien ist von drei Stenographen die Rede, die die Unterlagen zu den Bormann-Vermerken geliefert hätten).

Antwort zu 1):

- a) Die Frage, woher Picker die Manuskriptteile aus der Zeit der Tätigkeit von Herrn Heim hat, wäre an Picker selbst zu richten. Sie ist eigentlich schon beantwortet durch das Vorwort von Picker zu der deutschen Ausgabe, in der Picker sagt, dass er diese Manuskripte vom "Sekretär des Führers" (d.h. Bormann) bekommen hat.
- b) Die Frage nach den Korrekturen müsste Picker beantworten.
- c) Bormann liess jedenfalls drei Ausfertigungen herstellen und zwar ein Handexemplar für sich und zwei für die Parteikanzlei in München. Jedoch dürfte auch das Handexemplar von Bormann in gewissen Abständen aus dem Führerhauptquartier an eine sichere Stelle verbracht worden sein, da Bormann den Aktenbestand im Führerhauptquartier grundsätzlich so gering wie möglich hielt.

Antwort zu 2):

- a) Herr Heim setzte nach Picker durch kurze Zeit seine Aufzeichnungen fort.
- b) Herrn Heim ist nichts bekannt über eine etwaige Fortsetzung nach seinem Abgang in den allerersten Septembertagen 1942.
- c) Information über die drei Stenographen siehe das unter 2b) Gesagte.

A k t e n v e r m e r k**Vertraulich**

Betr.: Unterredung mit Herrn Ministerialrat a.D. Heinrich Heim am 5. November 1952. In der 2. Hälfte der Unterredung war auch Herr Dr. Buchheim jr. anwesend.

Streng vertraulich und lediglich zur internen Kenntnisnahme durch das Institut gab Herr Heim zum Komplex der "Tischgespräche" und im Zusammenhang mit den Fragen, die Herr Dr. Erdmann an ihn durch mich richtete, nachstehende Auskünfte.

1. Quellenlage

Herr Heim machte Notizen über die Tischgespräche vom Juli 1941 bis Mitte März 1942. Picker machte Notizen von Ende März 1942 bis Ende Juli 1942. Anschliessend kam wieder Heim von August 1942 bis 2. September 1942. Zur Frage des Nachfolgers von Heim nach dem 2. September 1942 gibt Herr Heim bekannt, dass er hierzu nichts auszusagen wünsche. Auf meinen Einwurf, dass mir durch Oberregierungsrat Haagen, Düsseldorf, Leiter des Stenographenbüros des Landtages, der Name eines Landes- oder Überlandesgerichtsrates Müller genannt worden sei, erwiderte Heim, dass ihm (Heim) bekannt sei, dass der sogenannte Herr Müller nicht genannt zu werden wünsche. Im übrigen sei nach dem September 1942 die Gelegenheit zu solchen Notizen schon deshalb sehr gering gewesen, da Hitler damals nach dem Krach mit Halder sich stark isolierte. Die Teilnahme an den sogenannten "Tees" war für den Nachfolger nicht gegeben.

In den Abendstunden fand nämlich jeweils auf persönliche fallweise Einladung durch den Diener von Hitler ein Tee im geladenen engsten Kreise statt. Ständige Teilnehmer an diesem Tee waren Bormann, Heim, Botschafter Hewel, der diensttuende Begleitarzt, der diensttuende persönliche Adjutant, der diensttuende Wehrmacht-Adjutant und die Sekretärinnen Hitlers. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass ständig nur Bormann, Heim, Hewel und die Damen anwesend waren, da ja Ärzte und Adjutanten täglich wechselten. Aber auch diese ständigen Gäste wurden jeden Tag frisch und persönlich geladen. Im Falle der Anwesenheit im FHQ wurden z.B. auch der Fotograf Hoffmann oder Goebbels etc.

geladen. Picker und der Nachfolger des Herrn Heim wurden nicht geladen. Um diesen Tee rankten sich eine Art mystischer Atmosphäre. Man sprach ausserhalb des Tees niemals über den Tee oder gar, was dort besprochen wurde. Er galt als die intimste und privateste Angelegenheit Hitlers selbst. Es ist klar, dass die dort gemachten Ausführungen Hitlers noch ein ganz anderes Gepräge trugen, als die im Anschluss an die Mittagstafel etc.

Die Pariser Ausgabe von Genoud enthält ausschliesslich Text aus den Aufzeichnungen von Heim, obwohl Genoud auch Aufzeichnungen von Picker in Händen hält hat. Genoud kündigte daher auch eine weitere Ausgabe an, die wohl die Picker'schen Aufzeichnungen enthalten würde. Wenn diese Ausgabe bisher nicht erschienen ist, so geschah dies wegen der ungeklärten Rechtslage.

Die deutsche Ausgabe enthält nur 1/5 Text von Heim und 4/5 Picker-Text.

Die nochmals eindringlich gestellte Frage, ob es technisch möglich gewesen sei, die Aufzeichnungen ohne Wissen Hitlers zu machen, bejaht Heim auf das Entschiedenste und mit dem Hinweis, dass Schaub und die übrigen Teilnehmer der Gespräche, soweit sie noch am Leben sind, hierfür Zeugen sind, dass Hitler nichts gewusst habe. Selbstverständlich sind die Aufzeichnungen im Augenblick der Rede nur in Schlagworten erfolgt, die erst bei der Ausarbeitung zu Sätzen formuliert wurden.

Von den Aufzeichnungen wurden durch Herrn Heim drei Exemplare gemacht, hiervon diente eines als Handexemplar von Bormann und zwei gingen nach München an die Parteikanzlei und zwar an die beiden wichtigsten Abteilungen derselben, an die staatsrechtliche Abteilung und an die für innere Parteiangelegenheiten. Diese beiden letztgenannten Exemplare sind zweifellos vernichtet worden. Bormann hatte eine grosse Abneigung dagegen, mehr Akten als unbedingt notwendig im FHQ bei sich zu behalten. Es ist daher so gut wie sicher, dass auch das Handexemplar von Bormann jeweils etappenweise aus dem FHQ weggeschafft und an sicherem Ort aufbewahrt wurde. Dieses Handexemplar müsste jenes sein, das Genoud in Händen hat.

Picker hat seinerseits einen 4. Durchschlag für sich selbst gemacht. Dieser Durchschlag ist die Grundlage für die deutsche Ausgabe, soweit sie (4/5) Picker'schen Text enthält.

Als Herr Heim während seiner Abwesenheit vom FHQ von März bis Juli 1942 in München in der Parteikanzlei war, bemerkte er zufällig, dass Picker auch von den Heim'schen Niederschriften Abschriften für sich anfertigte und zwar von den Exemplaren, die in der Parteikanzlei waren. Heim beschwerte sich hierüber bei Bormann, und Picker vernichtete daraufhin die von ihm gemachten Abschriften der Heim'schen Niederschriften mit Ausnahme jener Abschriften, die Picker durch Bormann persönlich, also legal erhalten hatte. Diese legal erworbenen Abschriften sind die Unterlage des Heim'schen Teiles (1/5) der deutschen Ausgabe.

Die Durchschläge, die Genoud besitzt, sind quellenmässig eine viel bessere Unterlage als die von Picker und zwar deshalb, weil sie sowohl vom Verfasser, als auch von Bormann durchgesehen und beglaubigt sind. Die Picker'schen 4. Durchschläge enthalten dagegen naturgemäss nicht die Korrekturen, die Bormann auf den Niederschriften von Picker angebracht hatte. Es kann dagegen sein, dass die Abschriften, die Picker von Bormann legal erhielt und die die Heim'sche Niederschrift enthalten, die Korrekturen von Bormann enthalten.

Für Picker kam es bei der Niederschrift, (siehe den 4. Durchschlag), von vornherein mehr auf die Verwertung an, als auf die wirklich möglichst getreue Wiedergabe des Gesagten. Heim möchte sich selbst als Bearbeiter, Picker als Verarbeiter bezeichnen. Nochmals sei auf die Nicht-Teilnahme Pickers an den Tees und damit an der wichtigsten Quelle hingewiesen, obwohl es möglich ist, dass Bormann nach so einem Tee die eine oder andere Äusserung nach seinem Gedächtnis durch Picker festhalten liess.

Heim betont, dass ihm Genoud nicht ermöglicht hat, das Manuskript im ganzen einzusehen, sondern nur einzelne wenige Stichproben ~~sehiekt~~ zeigte. Herr Heim betont daher, dass die Schwäche der französischen Ausgabe darin liegt, dass der Bearbeiter dieser Niederschriften, nämlich Heim, die Authentizität der Niederschriften nicht beglaubigt hat, ganz abgesehen davon, dass eine für die Öffentlichkeit zugängliche beglaubigte Gesamtniederschrift nicht vorliegt.

2. Rechtslage:

Die Rechtslage in den Prozessen beurteilt Herr Heim wie folgt: Nach deutschem, aber wohl auch nach französischem und internationalem Urheberrecht ist das geistige Eigentum bei der-

artigen Niederschriften wie folgt gelagert:

Sobald es sich nicht um die blosse stenographische Wiedergabe von Gesagtem handelt, entsteht für den Niederschreibenden ein Miteigentum und damit ein Mitbestimmungsrecht. Die Stellung von Heim ist vielleicht in dem Sinne juristisch etwas schwächer als die von Picker bezüglich des Miteigentums, als die Niederschriften von Heim sich enger an das Gesagte anlehnen als die von Picker (siehe Bearbeiter und Verarbeiter). Es ist daher klar, dass nur beide Eigentümer gemeinsam über die Verwertung der Niederschriften bestimmen können. Bezüglich des Miteigentums Hitlers entsteht daraus die weitere komplizierte Frage, wer Rechtsnachfolger von Hitler ist. Durch die Entnazifizierung wurde nur das jeweils in einzelnen Ländern liegende Eigentum Hitlers und zwar bestimmte Gegenstände enteignet. Es wäre widersinnig zu behaupten, dass etwa Bayern oder Hessen Rechtsnachfolger Hitlers bezüglich dieses Miteigentums seien. Diese Frage ist sehr behutsam zu behandeln, da ein etwaiges Bundesgesetz die Lage noch mehr komplizieren müsste. Wenn Frau Paula Hitler-Wolf Herrn Genoud eine Vollmacht gegeben hat, so ist Herr Heim der Letzte, der ihre Berechtigung bestreiten würde. Heim sieht vielmehr das Unrecht von Genoud in der Nichtberücksichtigung seines (Heims) Miteigentums, ~~und~~ ganz abgesehen von der erwähnten Nichtbestätigung der Authentizität durch den Autor.

Kompliziert wird diese Lage jedoch erst durch die Einschaltung Bormanns als Auftraggeber und direkten Vorgesetzten von Heim und Picker. Die darauf vielleicht begründete Beteiligung Bormanns an dem Miteigentum von Heim und Picker veranlasste Genoud, sich durch Domvikar Schmitz eine Vollmacht geben zu lassen. Nach Ansicht von Heim ist es jedoch unbestreitbar, dass Bormann auch als Auftraggeber niemals allein und voll in das geistige Miteigentum von Heim und Picker eintreten könnte.

Auffallend ist, dass Genoud durch die Vollmachten von Paula Wolf und Bormann/Schmitz wesentlich vorsichtiger zu Werke ging als der Athenäum-Verlag, der nur Picker und nicht einmal Heim hinter sich hat. Von den drei möglichen Beteiligten hat also Genoud zwei auf seiner Seite, wenn man Frau Wolf als Erbin annimmt, während der Athenäum-Verlag nur einen halben Beteiligten, nämlich Picker ohne Heim zur Deckung heranzog.

Heim erklärte wiederholt, dass er von sich aus durch Still-schweigende Duldung das Manko beim Athenäum-Verlag, ihn (Heim)

nicht um Erlaubnis gefragt zu haben, anerkannt hat und nicht beabsichtige, aus diesem Fehler rechtliche Konsequenzen zu ziehen.

Es laufen zwei Prozesse und zwar einer in Deutschland von Flammarion und Genoud gegen den Athenäum-Verlag und Picker, ferner ein zweiter des Correa-Verlages (der die französische Ausgabe der deutschen herausbringen sollte) und Picker gegen Flammarion in Paris. Wie man sieht, tritt in keinem dieser beiden Prozesse Heim auf, weder als Beklagter in Deutschland, noch als Kläger in Paris. Dies hat seinen Grund darin, dass Herr Heim seine starke Position gegenüber Genoud darin sieht, dass er der Einzige ist, der die Authentizität der Flammarion-Ausgabe bestätigen könnte, da diese Ausgabe ja nur Text von Heim enthält. Es sind bereits in der französischen Kritik Zweifel aufgetaucht, ob die französische Ausgabe nicht ebenso eine Fälschung ist, wie seinerzeit das Tagebuch von Eva Braun, das Louis Trenker lancierte. Die Beglaubigung der Authentizität durch Heim würde an Gewicht verlieren, wenn Heim als materiell interessierte Prozesspartei abgestempelt würde. Andererseits ist diese Nichtbeglaubigung die mächtigste Waffe von Heim gegenüber Genoud/Flammarion und zwar deshalb, weil sich Heim völlig darüber klar ist, dass zwar der Prozess in Deutschland von Athenäum/Picker gewonnen werden kann und wird, dass jedoch die Prozessführung in Frankreich finanziell und zeitlich heute für Deutsche ein wenig aussichtsreiches Unternehmen ist.

Es ist Herrn Heim aufgefallen, dass Genoud über die für seine Gruppe recht ungünstige deutsche Prozesslage kaum informiert ist. Andererseits würde auch eine solche Kenntnis Herrn Genoud nicht sehr tief beeindrucken, da er in erster Linie an der Lage in Frankreich interessiert ist und die vielleicht nicht unrichtige Meinung erkennen lässt, dass auch ein deutscher Prozess in anderen ausserdeutschen Ländern z.B. in USA, nicht vielversprechend für die deutsche Seite ist, ganz unabhängig von der Rechtslage.

Da also auf dem Prozesswege nichts zu gewinnen sein dürfte, wahrt sich Heim seine unabhängige Stellung als der massgebliche Mann für den überwiegenden Teil der Tischgespräche. Wie aus obiger Ziffer 1) dieser Aktennotiz hervorgeht, ist er auch der Einzige, der wirklich Authentisches zur Quellenlage und Ent-

stehungsgeschichte zu sagen vermag, da Picker ihm in jeder Hinsicht (Zeitdauer, Stellung und Wortgetreueheit) nachsteht, überdies als Prozess-Interessierter und damit materiell Interessierter belastet ist. Da alle diese quellenkritischen Bemerkungen aus Ziffer 1, die wahrscheinlich immer noch nicht das ganze Wissen von Heim darstellen, eine Waffe von Heim sind, ist es begreiflich, dass er durch ein ~~Vorzeichen~~ ^{vorzeitigen} quellenkritischen Betrachtung der Tischgespräche stark geschädigt werden müsste.

Dass Genoud die in Deutschland starke Lage von Picker nicht ganz falsch einschätzt, zeigt sich daraus, dass Flamm Marion sich nicht getraut hat, den Picker'schen Teil des Manuskriptes zu veröffentlichen, der schon in Deutschland erschienen ist, sondern nur das eine Fünftel der deutschen Ausgabe, das von Heim stammt.

Eine wirklich erfolgreiche Ausgabe in USA (siehe hierzu den Brief an Herrn Dr. Erdmann vom heutigen Tage) ist sicher erst dann möglich, wenn eine von Heim und Picker gemeinsam beglaubigte, wissenschaftlich einwandfreie deutsche Originalausgabe vorliegt. Ohne Genoud ist das nicht zu machen. Genoud selbst wird aber dazu nur seine Hand bieten, wenn er und Flamm Marion aus ihren finanziellen Engagements herauskommen und noch einen Nutzen sehen. Flamm Marion hatte, wie Heim von Genoud erfuhr, mit einem sofortigen Verkauf von 100.000 Stück und mit einem Gesamtverkauf von 600.000 Stück gerechnet. Diese Erwartungen sind sehr stark enttäuscht worden. Man wird wohl mindestens eine Null streichen müssen. Die Ursache sieht Genoud darin, dass die Buchhändler die Sache nicht fördern, um nicht in den Geruch einer NS-Propaganda zu kommen und dass auch viele Interessenten aus dem gleichen Grund vor einem Kauf zurückschrecken. Für die Franzosen kommt in noch stärkeren Masse wie für die Deutschen hinzu, dass der Inhalt angezweifelt wird, weil er sich garnicht mit dem seit Jahren 100% in schwarz gemalten Bild Hitlers deckt (im Gegensatz zu Deutschland, ^{wo} ~~das~~ das Buch durch die unglückselige Anordnung trotz des Institutsnamens bezweifelt wird und von links und rechts abgelehnt wurde). Zu dieser Bemerkung bezüglich Deutschland sei gesagt, dass Heim das Wort "von links" ~~abgelehnt~~, naturgemäss nicht gebrauchte, *sondern von rechts sprach.*

3. Bemerkungen Heims zur Mentalität Hitlers

Das Hakenkreuz wurde 1920 durch einen Zahnarzt in Starnberg bei dem Entwurf des Parteiabzeichens bzw. Hoheitsabzeichens verwendet und von Hitler akzeptiert. Damit entfallen Kombinationen über angebliche, aber später liegende Anregungen wegen des Hakenkreuzes.

Das Haus Bruckmann hatte nach Ansicht von Heim nicht den entscheidenden Einfluss auf Hitler, der ihm von anderer Seite zugeschrieben wird. Über das Haus Bruckmann kann eigentlich nur noch der heute in Österreich lebende Sektionschef a.D. von Zweidenek-Südenhorst Auskunft geben. In den 20er Jahren hatten auf die Entwicklung Hitlers ausser Dietrich Eckart weltanschaulich noch zwei Leute Einfluss und zwar ein Arzt Dr. Gutberlett und ein Dr. Dingfelder. Auf diese beiden Namen wäre in vorkommenden Unterlagen zu achten. Der Einzige, der Hitler wirklich etwas zu geben hatte und gegeben hat, war Dietrich Eckart.

In Landsberg festigt sich in Hitler nur die Denkmöglichkeiten. Sein Wesen war schon vorher in den 20er Jahren innerlich fertig gebildet. Bei Hitler überwog das Empfindungsmässige, Intuitive, der Glutofen seiner Gefühle vereinigte sich mit der ^{mit} von dieser gepaarten äussersten Intelligenz. ~~Hitzu~~ kam eine übermenschliche Energie und eine Naivität der Empfindungen, die Denkmöglichkeiten vielfach ausschloss. Erste Entschlüsse, die für normale Menschen Diskussionsobjekt waren, wurden im Überschwang des Gefühls gefasst. Für Hitler war krank eben krank und er blieb in seiner Einsamkeit ohne Echo. Ohne diese Einstellung hätte er nie den Mut zu seinem Entschlüssen gefasst. Das Gefühl gipfelte in dem Glauben an seine Mission, dass niemand anderer da sei, der das tun könne, was er zu tun beabsichtige. Gewiss ist Hitler im Beschreiten seiner Bahn weitergewachsen, aber alles was er wurde, musste vorher schon in ihm sein.

4. Schlussbemerkung

Herr Heim bittet um Rückgabe eines Briefes von Bormann an ihm (Heim), den er Dr. Mau zur Überprüfung der Echtheit der Tischgesprächsmanuskripte etc. im Sommer 1952 übergab.

A k t e n v e r m e r kBetr.: TischgesprächeBezug: Rücksprache mit Herrn Heinrich H e i m am 19. Nov. 1952

Nachdem Herr Heim von mir über die Absicht unterrichtet worden war, entweder Mr. Lochner oder Dr. Erdmann um Erkundigungen bzw. Sondierungen betreffend einer amerikanischen Ausgabe der Tischgespräche zu bitten, informierte er mich zu diesem Thema durch nachstehende Ausführungen:

In Deutschland läuft eine Klage von Genoud (und nicht Flammarion) gegen den Athenäum-Verlag und Picker (und nicht Heim). Genoud behauptet, dass er aufgrund seiner Vollmachten von Bormann und Paula Hitler das Alleinrecht besitze und klagt auf Vernichtung der deutschen Ausgabe und Schadenersatz.

Diese Klage wurde von Genoud erhoben, ehe man in Deutschland konkret wusste, dass er eine Ausgabe bei Flammarion vorbereitet. Als in Deutschland bekannt wurde, dass Genoud bei Flammarion eine französische Ausgabe vorbereite, richteten Heim und Picker an ihn im September 1951 durch einen Anwalt ein gemeinsames Schreiben, in dem sie auf die Unhaltbarkeit der rechtlichen Situation von Genoud und auf ihre eigenen Rechte hinwiesen.

Als die französische Ausgabe von Flammarion trotzdem im vollen Werden war, klagten Athenäum/Picker (und nicht Heim) in Paris gegen Flammarion (und nicht Genoud) wegen unberechtigten Nachdrucks.

Diese Klage hatte wahrscheinlich zur Folge, dass die französische Ausgabe den Pickerschen Teil, und deshalb auch alle späteren Niederschriften, nämlich den Rest von Heim und seines Nachfolgers Müller nicht enthält, obwohl Genoud die Unterlagen auch dafür in Händen hat. Ob dieses Nicht-Drucken der zweiten Hälfte der Tischgespräche auch durch technische Erwägung (zu unhandliches oder zu teures Buch) beeinflusst wurde, ist unbekannt.

Gemäss Informationen durch Picker steht der Prozess in

Deutschland gut und ist mit einer baldigen Entscheidung in der ersten Instanz zu rechnen. Dagegen ist beim französischen Gericht angeblich noch nicht einmal die Klagebeantwortung eingetroffen. Es hat den Anschein, als ob das französische Gericht den Ausgang des deutschen Prozesses abwarten wollte. Beide Parteien scheinen nicht auf eine rasche Erledigung zu drängen.

Herr Heim hat mindestens zweimal mit Genoud gesprochen. Bei einem der ersten Male bat ihn Genoud, das deutsche Manuskript für die französische Ausgabe zu beglaubigen. Herr Heim lehnte aus Loyalität gegenüber der deutschen Ausgabe ab. Damit kam es zu einem Bruch. Die nächste Unterredung fand erst im Oktober 1952 statt und wurde durch gemeinsame Bekannte vermittelt. Herr Heim hatte den Eindruck, dass Genoud eine Kohlhaas-Natur ist, und sich wirklich eingeredet hat, das Alleinrecht zu besitzen.

Aus Mitteilungen von Genoud und Picker ist es Herrn Heim bekannt, dass sowohl Genoud wie Athenäum bereits Fühlung mit amerikanischen Verlagen haben und zwar mit MacGraw-Hill bzw. MacMillan. Jedoch ist er sich dieser Namen nicht 100%ig sicher.

Herr Heim nimmt an, dass Genoud und Picker sich die Übersetzungsrechte selbst vorbehalten und nicht an Flammarion bzw. Athenäum abgetreten haben.

Nach Ansicht von ^{Heim} ~~Picker~~ ist es entscheidend, dass Bonn sich darüber klar werden muss, dass eine in Deutschland gewonnener Prozess für das Ausland praktisch wertlos ist, da sowohl zeitlich wie rechtlich es unendlich schwierig wäre, vom finanziellen ganz abgesehen, im Ausland zu gleichlautenden Urteilen zu kommen. Eine mächtige ausländische Gruppe würde das Gefahrenmoment einer Klage seitens Bonn, die sich noch dazu nur auf einen Teil beziehen könnte, kaum hoch einschätzen. Überdies befindet sich Bonn auch rechtlich in einer sehr schwachen Lage, da Herr Heim zwar der deutschen Wiedergabe stillschweigend zugestimmt hat, aber auf keinen Fall an Bonn ein Recht für eine Auslandsausgabe abgab. Bonn besitzt also in dieser Hinsicht überhaupt keine Klage-Legitimation.

Psychologisch entscheidend wäre nach Ansicht von Herrn Heim der Moment, wo Bonn in der ersten Instanz gewonnen und Genoud damit sein Gesicht verloren hat. Genoud kann dann seinen guten

Glauben in sein Recht nicht mehr behaupten.

So, wie Herr Heim Genoud beurteilt, wird aber auch dieser Schlag nicht ausreichen, um Genoud zum Nachgeben zu zwingen. Genoud hatte bereits zum Ausdruck gebracht, dass er lieber auf jede Veröffentlichung verzichten, als nachgeben wolle. Von beiden Prozessparteien seien bereits recht unerfreuliche Äusserungen und Verärgerungen vorliegend.

Den einzigen Ausweg sieht daher Herr Heim darin, dass von einer autoritativen neutralen Stelle aus ein wohlfundierter Ausgleichsvorschlag an beide Parteien gemacht wird. Unter "wohlfundiert" ist dabei eben an die amerikanische Ausgabe mit ihren Gewinnchancen gedacht.

Das Institut wäre nach Ansicht von Heim die praktisch gegebene Stelle, einen solchen Ausgleich vorzuschlagen, da dem Institut nur an der finanziell uninteressanten deutschen Gesamtausgabe gelegen und auch nur das Institut in der Lage ist, alle Beteiligten schon jetzt zu kennen und mit allen in ungetrübten Beziehungen zu stehen.

Das Institut wäre daher die Stelle, die beiden Parteien sagen müsste, dass von amerikanischer Seite her man den Gedanken einer Ausgabe der Tischgespräche lanciert habe und dass dieser Gedanke das Institut veranlasst zu versuchen, einen jahrelangen Streit zu vermeiden und zu einer deutschen Gesamtausgabe zu kommen.

Herr Heim vertritt aber auch den Standpunkt, dass der Athenäum-Verlag gegenüber dem Institut verärgert ist, da das Institut eine allzugrosse Zurückhaltung gezeigt habe. Wenn nun herauskomme, dass das amerikanische Angebot indirekt vom Institut veranlasst wurde, werde man das im Athenäum-Verlag als illoyal empfinden und daher verärgert an die Sache herangehen.

Unabhängig von der Frage des Athenäum-Verlages vertritt aber Herr Heim die Ansicht, dass man auf jeden Fall den Vermittler darüber informieren müsste, dass beide Parteien bereits mit amerikanischen Firmen eine gewisse Fühlung genommen haben. Endlich meint Herr Heim, dass eine Persönlichkeit wie Lochner sich nie für den Gedanken interessiert hätte, wenn die amerikanische Ausgabe nicht ein Geschäft zu werden verspreche. Darin sieht Herr Heim das erste wichtige Urteil eines Fachmanns, das

das Institut dazu veranlassen sollte, die Sache weiter zu verfolgen. Er hält Lochner ^{fr} weit geeigneter ~~dafür~~ als Erdmann.

Herr Heim rät endlich mit Recht, dass man sich über die Prozesslage beim Athenäum-Verlag mündlich informieren solle, was ja vom Institut aus gesehen ganz natürlich sei. Eine solche Information werde vom Verlag sicher als menschlich erfreuliche Geste gewertet werden und würde dann zwanglos zu der weiteren mündlichen Erörterung der amerikanischen Ausgabe als Basis für einen Vergleich der beiden Parteien führen.

W 19/4

Am Donnerstag, den 12. Februar 1953, hatte ich eine Unterhaltung mit Herrn Heim. Dieser teilte mir mit, dass durch Pickert in Oldenburg eine Klage gegen Genoud gestartet wurde, bei der die Frage geklärt werden soll, welche Rechte der Bearbeiter (also Pickert und Heim) an den Tischgesprächen hat. Die Klage läuft vor einem Einzel-Zivilrichter, jedoch kam es noch nicht zur Streitverhandlung. Der Tenor der Klage ist deshalb wichtig, weil dieses Problem im Prozess des Athenäum-Verlages nicht angeschnitten wurde, sondern nur das Thema des Autors Hitler und des Auftraggebers Bormann.

Heim teilte mir ferner mit, dass das Urteil im Athenäum-Prozess in Rechtskraft erwachsen ist, da keine Berufung eingelegt wurde.

h

100/11

19/5

Besuch von Herrn Heim am 14. 1. 1953

Dass Hitler bei Bruckmann das Hakenkreuz durch Schuler habe kennen lernen können, wie Boehringer behauptet, ist ganz ausgeschlossen. Geistige Einflüsse auf Hitler in dieser Zeit sind überhaupt nur aus dem Kreis um Dietrich Eckart denkbar. Eine sehr wichtige Schrift ist für diese Einflüsse die Broschüre von Dietrich Eckart, Der Bolschewismus von Moses bis Lenin, Zwischengespräch zwischen Adolf Hitler und mir, München, Hoheneichenverlag o. J. Einer der ganz wenigen, die über die Bruckmannzusammenkünfte noch Aussagen machen können, ist der schon sehr alte Geheimrat v. Zwiedineck. Schriften von Schuler waren in UB und SB München nicht zu bekommen, wohl aber in der Stadtbibliothek, wo sie allerdings sekretiert aufbewahrt werden. Schuler, Alfred, Fragmente und Vorträge aus dem Nachlass, Leipzig 1940 (Mon 6782), Schuler, Alfred, Dichtungen aus dem Nachlass (Mon 64.....), Münchner Privatdruck?

Im Buch von Görlitz begrüsst H., dass nicht die alte Behauptung aufrecht erhalten wird, Hitler habe sich die Filme von den Einrichtungen der 20/7-Leute angesehen. Hitler habe nur die Wochenschau mit Freisler gesehen und habe Freisler sagen lassen, die Sache sei zu ernst, als dass er so ein Theater machen dürfe.

Ein Mann aus der Dienststelle Rosenberg sei R. Scholz, der ein grosses Verdienst an der Erhaltung der im Westen geborgenen Kunstschatze (?) habe. Er sei sicher geeignet, eventuelle Tagebücher Rosenbergs zu kommentieren.

Schaub steht uns für Aussagen zur Verfügung.

Zwei Leute, die für Kommentierung der Führerlage geeignet wären:

- a) der Überbringer des Hitler'schen Testamentes an Dönitz, der in der Mob. Abteilung der Parteikanzlei war. Als das Heimatgebiet von den Kämpfen in Mitleidenchaft gezogen wurde, nahm er seit 5. Sep. 44 als Vertreter Bormanns in der Uniform eines SS-Führers täglich ununterbrochen als stiller Zuhörer an den

Lagebesprechungen teil. 1)

- b) der Mann, dessen Aufgabe es durch Jahre war, die Lagebesprechungen zu repertorisieren und zu indizieren.

Beide sind durch Heim erreichbar.

Buchheim

-
- 1) Nach Kempka, Ich habe Adolf Hitler verbrannt, S. 103, wird vermutlich der SS-Standartenführer Zander, der persönliche Adjutant von Bormann gemeint sein.

Von Auschwitz kann A.H. nicht gewusst haben

Die Weisung müsste im Sommer 1941 ergangen sein, zu einer Zeit also, in der Verzicht auf Nutzung vorhandener Arbeitskraft soviel bedeutet haben würde als Verzicht auf den Sieg überhaupt.

Der Wille, aus diesem Kampf als Sieger hervorzugehen, hat A.H.'s Handeln aber nicht nur damals, sondern bis zuletzt beherrscht, wie jede seiner Äußerungen erkennen lässt.

Ein im Winter 1941/42 nachts im engsten Kreis gefallenes Wort habe ich damals nicht zu Papier gebracht, aber es hat sich mir eingeprägt: „die Juden hätten doch eigentlich Grund, mir dankbar zu sein, dass ich nichts als Arbeit von ihnen haben will“, das bedeutete: sie brauchen nicht mit der Waffe in der Hand ihren Mann zu stehen; A.H. hatte das vor sich hingesagt - ohne aufzuschauen und ohne Kommentar - beim Lesen von Auslandsendernachrichten, wie sie ihm immer vorgelegt wurden, gleich nachdem sie aufgefangen waren.

Was für die aus dem Reich ausgesiedelten Juden galt, galt gleicherweise für die aus dem Ausland Deportierten.

Wie hätte aber ein Mann, der so den Sieg sich wünschte, aus dem Aug verlieren können, welche Schwierigkeiten seiner Friedensarbeit im neuen Europa erwachsen, wenn über den Verbleib Deportierter im Einzelfall nicht durch uns Rechtschaffenheit zu erhalten war! Selbst den deutschen Volk würde etwas, wie das, was in A. geschehen ist, nicht haben offenbart werden können.

Und wie, wenn der Kampf nicht zum Sieg führte!

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Nr. 4/05/71	Best. ZS 243
Rep.	al.

Der A.H. Kaante, der weiss: sein Planen stand unter dem Imperativ, nichts zu tun, als was notwendig ist.

Als wünschenswert war ihm zumindest seit 1918 die Aus siedelung der Juden aus dem Raum, in dem unsere Dinge sich tun, erschliessen.

Durch die Umstände geboten erschien sie ihm mit dem Eintritt des zweifronten Kriegs.

Nur sie vollzogen, so gab es nichts als das eine Gebot, die Arbeitskraft der Ausgesiedelten wie die des deutschen Volkes, und in der Grenzen des Möglichen die der Bevölkerung der von uns besetzten Gebiete in den Dienst der Erhaltung des europäischen Lebens zu stellen.

Wie hat es ja Auschwitz kommen können?

Die Aussiedlung lag in den Händen der Geheimen Staatspolizei, eines Himmler unterstehenden Staatsbereichs, in den hineinzu sehen dem Stellvertreter des Führers und nach ihm dem Leiter der Parteikanzlei verwehrt war: 1933 ist bestimmt worden, daß die S. S. F. darf in die Staatsverwaltung nicht hereinregieren, hat aber mitzureden bei den Personalentscheidungen der Ressorts, wobei jedoch ausgeschlossen waren die Wehrmacht, das Auswärtige Amt und die Geheime Staatspolizei; so sind dann auch die Linien gezogen worden, als es mit der Berufung von R. Heß in das Reichskabinett zur Beteiligung des Stellvertreters des Führers an der Gesetzgebung kam.

Da sich die Lager, in welche die Aussiedlung erfolgte, außerhalb der Reichsgrenzen befanden, haben etwaige Beobachtungen Ausgestandener nach München nicht gelangen können.

Die Lager alle waren Riesenarbeitsbetriebe und der Reichsführer SS gehörte zu denen, die dem Führer ständig mit Klagen über Mangel an benötigten Arbeitskräften in Ohr lagen: so konnte A. H., dem Himmler hätte Rede stehen müssen, nicht auf den Gedanken kommen, daß man es da an Achtsamkeit auf die Erhaltung des Menschenlebens würde fehlen lassen.

A. H. muß dann Ende 1944 durch Vortrag von Kallabrunner das, was diesen über A. bekannt geworden war, erfahren und sofort Halt geboten haben: so die Aussage von K. als Zeuge in eigener Sache vor dem Nürnberger Tribunal 1946.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4/05/71	Best. 25 243
Rep.	Kat.

Karl Wolff hat 1952, wie mir damals glaubhaft berichtet wurde, den Leiter des Instituts für Zeitgeschichte zu wissen gegeben, Himmler werde A. von sich aus ins Werk gesetzt und sich dabei gesagt haben, mit einer solchen Verantwortung könne man A.H. nicht belasten; möglicherweise habe er daran gedacht, das Geschehene vielleicht später einmal als eine „Tat“ für sich ins Feld zu führen.

Heim

Institut für Zeitgeschichte i. Z. G. H. V.	
Akt. 4770/72	Bom. ZS 243
Rep.	Kat.

25-243/1-62

HEIM I/1
25.6.1971

Note on an Interview of Dr Heinrich Heim at his home from 3.15 to 6.10 p.m.,
25th June 1971; München, Unertlstrasse 2.

1. Dr Heim is a slight figure with a gentle voice, never raised; his eyes were constantly averted, but he spoke elegantly and with well-polished sentences.
2. There was little new that he related during the course of the conversation, which centred, at his instance, on the paintings and works of the German artists Leitpold and Friedrich Stahl, of which he possesses a number of originals and catalogues of many hundreds of photographs.
3. He did recollect one episode concerning his attitude (Hitler's attitude) to England. During the period prior to the Frankreichfeldzug, when at the Mittagstisch in der Reichskanzlei Rudolf Hess inquired of Hitler etwa, "Mein Führer, denken Sie immer noch über England wie bisher?" - meaning whether the Führer was inclined to seek any possible Verständigung. To which Hitler abruptly replied: "Wenn die Engländer wussten, wie wenig ich von Ihnen will!" And with that er löste die Tafelrunde auf. Heim considers this or similar remarks may have led Hess to believe it was in accordance with the Führer's desires that he fly to Britain in May 1941 (directly after which episode Heim was summoned from France to the Berghof.)
4. Heim was present on the night the news of Pearl Harbour arrived. There was the usual Teegesellschaft nachts in dem Führerbunker (to which the Diener invited those selected by Hitler very tactfully, so as not to kränken those who were not invited); those present were probably the secretaries, a doctor, a personal adjutant, Hewel and others. It was after the Abendessen. When the news was handed to Hitler by Heinz Lorenz [who should therefore be interviewed in this connection] Hitler's first reaction was: "Wir müssen sofort Amerika den Krieg erklären." But then after a time he commented, "Das habe ich nicht gewollt. Singapur wird verloren gehen!" (Meaning that his friends, the British, would inevitably lose it to the yellow race, the Japanese.) [*]
5. Heim handed me copies of two Aufzeichnungen he wrote about two years ago, entitled: "
6. Heim recalled very clearly Frhr.v. Sieglar telling him of a conversation recently conducted by the IfZ with Karl Wolff (in the early 1950's) in which Wolff had claimed that Hitler knew nothing of Auschwitz etcetera, but that Himmler had told him he had undertaken the task so that his idol's hands could remain clean.

DAVID IRVING
25.6.1971, 19 Uhr

Indexed

[* See also Frh. Schröder interview, p.348 below, para.2]

-343-

061